

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
Juni 2018

INDIEN

Stress belastet
den Alltag vieler
Mittelschichtkinder

GHANA

Handelskammer liefert
nützliche Berichte über
regionale Konjunktur

JOURNALISMUS

Ohne Qualitätsmedien
fehlt Gesellschaften
Bezug zur Wahrheit



Nothilfe

Nothilfe

Gefährliche Aufgabe

Philip Aruna von der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen war in seinem Heimatland Sierra Leone und in vielen anderen Ländern im Einsatz. Momentan ist er Landeskoordinator in Nigeria und erzählt im Interview mit E+Z/D+C, welchen Risiken und Gefahren Nothelfer ausgesetzt sind.

SEITE 23

Zukunft der humanitären Hilfe

Drei Experten machen sich Gedanken über die künftigen Aufgaben der Nothilfe. Sid Johann Peruvemba von Malteser International plädiert dafür, dass humanitäre Hilfe sich vornehmlich auf das Helfen beschränkt, während Hendrik Slusarenka von medico international die Überwindung der Hilfe selbst anstrebt. Mark Lowcock, der Nothilfekoordinator der UN, sieht es im E+Z/D+C-Interview als Ziel, dass Nothilfe auch langfristige Entwicklung anschiebt.

SEITEN 25-30

Engagement auf lokaler Ebene

Im Katastrophenfall können Menschen über die Grenzen ihrer Gemeinschaft hinweg einander unterstützen. Das ist die Erfahrung von Pater Mathew Abraham und Ramu Karra von Indiens katholischem Hilfswerk CHAI.

SEITE 31

Hilflose Helfer

In Syrien ist der Zugang zu Millionen hilfsbedürftigen Menschen stark eingeschränkt. Hilfsorganisationen kommen selbst unter Beschuss, oder ihre Einrichtungen werden angegriffen. Manche stellen deshalb ihre Arbeit ein, schreibt die in Beirut lebende Journalistin Mona Naggar.

SEITE 33

Engagement auf lokaler Ebene

Haiti ist in hohem Maße auf internationale Hilfe angewiesen. Doch die ausländischen Experten haben ein schlechtes Image. Eine Reform der Zusammenarbeit, die zur Selbstbestimmung der Haitianer führt, ist dringend geboten, analysiert der Wissenschaftler Leon Schettler.

SEITE 35

Sinnvolle Resilienz

Die Auswirkungen von Naturkatastrophen, Terrorismus oder Klimawandel sind 2017 in armen und reichen Ländern unvermindert heftig gewesen. Laut dem developmentspolitischen Berater Glenn Brigaldino ist mehr vorbeugendes lokales Handeln nötig.

SEITE 37

Monitor

Soziale Sicherung in Afrika | Die Not syrischer Flüchtlingskinder | Migrationsmanagement in Afrika | Kritik am Internationalen Strafgerichtshof | Wie Afrikaner und Asiaten über Europa denken | Heutzutage: Lokales Saatgut ist resistenter als hybrides | Impressum **4**

Debatte

Der vielleicht neue Präsident Mexikos | Journalistische Probleme der Kriegsberichterstattung | Druck auf Indiens Mittelschichtkinder **11**

Tribüne

KWAMI AHIABENU II
Verantwortungsvolle Wahlberichterstattung reduziert Gewaltisiko **15**

MICHAEL KONOW
Wie Handelskammern auch mit geringen Mitteln Wirtschaftsdaten erheben können **17**

HANS DEMBOWSKI
Fachliteratur zu journalistischen Qualitätsstandards **19**

Schwerpunkt: Nothilfe

INTERVIEW MIT PHILIP ARUNA
Die zahlreichen Risiken humanitärer Helfer bei Einsätzen in Krisengebieten **23**

SID JOHANN PERUVEMBA
Humanitäre Hilfe sollte nicht mit anderen Entwicklungszielen verbunden werden **25**

INTERVIEW MIT MARK LOWCOCK
Je besser ein Land entwickelt ist, umso leichter bewältigt es kurzfristige Schocks **27**

HENDRIK SLUSARENKA
Die beste Hilfe ist die, die nicht mehr nötig ist **29**

PATER MATHEW ABRAHAM UND RAMU KARRA
Indiens katholisches Hilfswerk CHAI sieht Menschen in Katastrophengebieten als Akteure des Wandels **31**

MONA NAGGAR
In Syrien können Hilfsorganisationen viele Notleidende nicht erreichen **33**

LEON SCHESSLER
Eine Reform der Zusammenarbeit, die zur Selbstbestimmung der Haitianer führt, ist dringend geboten **35**

GLENN BRIGALDINO
Es ist noch mehr vorbeugendes lokales Handeln vonnöten, um Folgen von Katastrophen abzufedern **37**

Mehr Respekt

Die Zeiten sind rau für humanitäre Helfer. Die Krisen nehmen zu, und ihre Hilfe wird mehr und mehr benötigt. Andererseits wird die Arbeit immer gefährlicher, die Helfer geraten zunehmend selbst unter Beschuss. Die Akteure in Gewaltkonflikten nehmen häufig keine Rücksicht mehr auf Helfer – oder sabotieren die Hilfe gar absichtlich als Kriegswaffe, wie geschehen in Syrien oder dem Südsudan, wo Hilfskonvois, Nothilfezentren und Krankenhäuser gezielt angegriffen wurden.

Besonders verheerend ist die Lage derzeit in Syrien. Ärzte ohne Grenzen, die oftmals als eine der letzten Hilfsorganisationen in Kriegsregionen ausharren, meldete im Februar, dass in der umkämpften Stadt Ost-Ghuta mehr als ein Dutzend ihrer Gesundheitseinrichtungen angegriffen und dabei zerstört oder beschädigt wurden. Ein aktueller Fall aus dem Südsudan ist ebenso exemplarisch für viele Krisenregionen. Ende April wurde ein Hilfskonvoi von Ärzten ohne Grenzen in einem abgelegenen Gebiet um Mundri von einer Gruppe bewaffneter Männer aufgehalten. Die Angreifer drohten dem Team mit Gewalt und nahmen den Mitarbeitern persönliche Gegenstände, medizinisches Material und anderes Eigentum von Ärzten ohne Grenzen weg. Dieser Angriff zwang die Organisation, die Arbeit mit mobilen Kliniken in dem Gebiet zu beenden, bis ihnen alle bewaffneten Akteure in der Region wieder einen sicheren Zugang gewährleisten. Die traurige Konsequenz: In vielen Regionen sind Menschen von medizinischer Versorgung abgeschnitten, weil es selbst für neutrale Ärzte dort zu gefährlich ist.

Entscheidend ist daher, dass es wieder Respekt für die humanitären Prinzipien gibt. Alle Konfliktparteien müssen Verletzte und Kranke schützen. Alle Parteien müssen die Unabhängigkeit und Neutralität humanitärer Organisationen respektieren. Auf diese Neutralität berufen sich Hilfsorganisationen und pochen darauf, dass sie auch als solche wahrgenommen wird. Die humanitären Helfer kommen, um ohne Ansehen der Person medizinische Hilfe zu leisten. Und sie verfolgen darüber hinaus keine anderen Interessen.

Diesen Anspruch sehen manche Hilfsorganisationen aber nun gefährdet, weil die konzeptionellen Erwartungen an die humanitäre Hilfe wachsen. In der entwicklungspolitischen Debatte gibt es seit mehreren Jahren den Anspruch, die humanitäre Hilfe mit weiteren Zielen wie Entwicklung und Frieden zu verbinden, um eine nachhaltigere Wirkung zu erzielen. Im Einzelnen muss aber sehr genau darauf geachtet werden, wo die Erweiterung der humanitären Arbeit Sinn macht und wo nicht.

In Kriegs- und Krisenregionen geht es zunächst darum, Menschen das nackte Überleben zu sichern. Die Sicherheit der Helfer ist wichtig – und der bloße Anschein, sie verfolgten eine eigene Agenda, kann gefährlich sein. In Situationen, in denen alle Akteure hohe Risiken eingehen, müssen humanitäre Organisationen selbst entscheiden, welche Ziele sie mit welchen Mitteln anstreben. Da, wo es möglich ist, sollten sie sich aber durchaus an den Grundsätzen der Entwicklungspolitik mit langfristiger Orientierung messen. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) wurden von den UN beschlossen, haben also universelle Geltung. Ähnlich sollte die Relevanz der lokalen Eigenverantwortung (Ownership) wo immer möglich berücksichtigt und nicht durch den Aufbau von Parallelstrukturen unterhöhlt werden.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Fotos: Delgado/picture-alliance/dpa; STCCI Ghana

Debatte



Machtkampf in Mexiko

Andrés Manuel López Obrador – genannt AMLO –, ist derzeit der aussichtsreichste Kandidat bei der anstehenden Präsidentschaftswahl in Mexiko. Kritiker sehen AMLO als Populist, der kein Vertrauen verdient. Tatsächlich lässt der linke Politiker offen, wie er seine umfangreichen Wahlversprechen in der Praxis erfüllen will und polarisiert das Land, erklärt die Wissenschaftlerin Virginia Mercado.

SEITE 11

Tribüne



Große Wirkung auch mit wenig Geld

Deutsche Industrie- und Handelskammern veröffentlichen regelmäßig Konjunkturumfragen. Sie können dies durch solide finanzielle Einnahmen leisten. In Entwicklungsländern sieht das ganz anders aus. Ein Beispiel aus Ghana zeigt aber, dass auch mit wenig Mitteln Wirtschaftsdaten erhoben werden können, beschreibt Michael Konow von der Handelskammer Hamburg.

SEITE 17

Unverzichtbarer Journalismus

Demokratie braucht faktenbasierte Auseinandersetzung. Dabei spielen die Medien eine entscheidende Rolle. Journalistische Qualitätsstandards sind wichtig und sollten allgemein bekannt sein, findet E+Z/D+C-Chefredakteur Hans Dembowski.

SEITE 19

SEF-KONFERENZ

Soziale Sicherung in Afrika stärken

Entwicklungsexperten sind sich einig: Soziale Sicherung ist auch in Afrika umsetzbar. Diese kann zu Armutsbekämpfung und dem Erreichen der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (SDGs) beitragen. Es gibt auch Entwicklungsländer, die bereits soziale Sicherungssysteme umgesetzt haben. Bislang sind auf dem afrikanischen Kontinent aber lediglich etwa 18 Prozent der Menschen abgesichert. Experten arbeiten daran, dies zu verbessern.

Von Sabine Balk

Soziale Sicherung bedeutet, dass Menschen gegen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut oder Unfall abgesichert sind und eine Rentenversorgung im Alter erhalten. Ebenezer Adjetey-Sorsey, Exekutivdirektor von HelpAge Ghana, betont, dass soziale Sicherung ein wichtiges Entwicklungsthema ist. Er sieht die Absicherung gegen Armut, Risiko und Vulnerabilität für jeden Menschen als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und als ein Instrument für Empowerment an. Auch die Menschen in Afrika streben nach einem höheren Lebensstandard, sagt der HelpAge-Manager. Es gebe bereits einige Maßnahmen und Abkommen, um soziale Sicherungssysteme in Afrika umzusetzen. Beispiele sind das Tripartite Social Dialogue Forum der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) 2011 und verschiedene Chartas für soziale Sicherung anderer regionaler Wirtschaftsgemeinschaften.

Problematisch ist der Mangel an zuverlässigen Daten über Armut. Adjetey-Sorsey empfiehlt, dass weiterhin an Rahmenwerken zu sozialer Sicherung gearbeitet und dass Sozialhilfe (Cash Transfers) nicht an Männer ausgegeben wird, sondern an Frauen. Diese geben der Erfahrung nach das Geld eher für den dafür vorgesehenen Zweck wie Schulbildung der Kinder oder Gesundheitsvorsorge aus als Männer. „In afrikanischen Ländern bedarf es noch viel

Überzeugungsarbeit, um das traditionelle, patriarchalische Denken und die kulturelle Prägung zu ändern“, sagt er.

Adjetey-Sorsey ist aber auch klar, dass die Umsetzung von sozialen Sicherungssystemen eine große Aufgabe ist, die der Mitwirkung vieler Akteure bedarf. Neben den Regierungen sind dies Nichtregierungsorganisationen, Institutionen und Unternehmen. Seiner Ansicht nach ist soziale Sicherung finanzierbar. „Dazu bedarf

Systeme ohne Gebergeld nicht umgesetzt werden.

Geber verfolgten allerdings eigene Interessen, und entsprechend fehle oftmals die Ownership afrikanischer Staaten, kritisierte Adjetey-Sorsey kürzlich auf einer Konferenz der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) in Potsdam. „Es wird beim Thema soziale Sicherung immer nur auf fehlendes Geld verwiesen. Ich bin der Überzeugung, dass vieles auch durch Umstrukturierung und Umverteilung von Mitteln umgesetzt werden könnte.“

Simeon Uulenga von der namibischen Botschaft hält dagegen. Er sagt, seiner Regierung sei es sehr wichtig, Armut und Ungleichheit durch verbesserte Sozialversicherungssysteme zu bekämpfen. Neben Namibia hätten nur eine Handvoll afrikanischer Staaten wie Mauritius und Südafrika soziale Sicherungssysteme, wobei die



Traditionell sorgt in vielen afrikanischen Ländern die Familie für soziale Sicherung: Nachbarschaft in einem tansanischen Dorf.

es aber noch mehr politischen Willens und Anstrengung. Für viele afrikanische Regierungen sind Sozialsysteme noch keine Priorität und in den Staatshaushalten nicht vorgesehen“, bemängelt er. Oft könnten

meisten – außer in Mauritius – fragmentiert und sozial exklusiv sein. Oft profitierten nur Angestellte des formalen Sektors von Gesundheitsversicherung und Rente, die vielen Erwerbstätigen im informellen Be-

reich aber nicht. Die namibische Regierung arbeitet derzeit konkret an einem bedingungslosen Grundeinkommen (basic income grant – BIG) für Ultra-Arme. Dies will der Staat durch die Einnahmen aus Steuern für Wohlhabendere finanzieren.

Nkateko Chauke von der Open Society Foundation for South Africa (OSF-SA) spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Finanziert werden soll dies aus Steuern auf die Erlöse aus dem Abbau der natürlichen Ressourcen wie Mineralien und Öl. Schürfrechte unterliegen in Südafrika kaum Auflagen und seien nicht an Gemeinwohl oder Umweltschutz gebunden. Es gebe keinen Nutzen für die Allgemeinheit. Das BIG müsse sinnvoll in bestehende Sozialsysteme integriert werden.

MODELLE ZUR FINANZIERUNG

Francesca Bastagli vom Londoner Overseas Development Institute (ODI) beschäftigt sich mit der Frage, wie soziale Sicherung finanziert werden kann. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten. Besonders wichtig sind beitrags- und steuerfinanzierte Modelle (siehe auch Kasten unten). Steuerfinanzierte Systeme haben ihr zugehöriges oft den Vorteil, breite Bevölkerungsschichten und nicht nur den formalen Sektor zu erreichen und dadurch einen positiven Kreislauf in Gang zu setzen. Sie ergänzt: „Cash Transfers sind ein Instrument, bei dem meist ein unmittelbarer Effekt zu verzeichnen ist.“

Anja Hornig von der GFA Consulting Group bestätigte dies und nennt das Beispiel eines sehr erfolgreichen staatlichen Conditional-Cash-Transfer-Programms zur Armutsreduzierung in Indonesien. Die Regierung gab mithilfe eines Weltbank-Darlehens in der Pilotphase Geld an 300 000 Begünstigte aus, später waren es 3 Millionen und mittlerweile 10 Millionen Begünstigte.

WEGE AUS DER ULTRA-ARMUT

Armutsbekämpfung und soziale Sicherung sind engverwandte Themen. Die Entwicklungsorganisation BRAC aus Bangladesch gilt als Vorreiter bei der Bekämpfung von Ultra-Armut. BRAC verbindet Geldtransfers mit diversen Angeboten wie der Förderung von Alltagskompetenzen und beruflicher Qualifikation oder Mikrokrediten. Die Organisation habe damit die Nahrungssicherheit besonders armer Menschen in Bangladesch seit 2002 stark verbessert, erklärte Raania Rizvi vom BRAC Ultra Poor Graduation Programme. Sie klagt über mangelndes Interesse der Regierung: „Armutsbekämpfung müsse auch in ihrem Interesse sein.“

Chefökonomin Bessie Msusa vom Finanzministerium Malawis berichtet, dass soziale Sicherung ein Teil der nationalen Agenda sei. Die Regierung habe mehrere Unterstützungsprogramme initiiert, die mit Hilfe von Gebern wie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) umgesetzt worden sind. Es gibt ein Conditional-Cash-Trans-

fer-Programm, bei dem die Begünstigten 60 Dollar im Monat bekommen und dafür ein Job-Training absolvieren müssen. Das zweite Programm ist ein bedingungsloser Cash Transfer zur Unterstützung Ultra-Armer. „Dabei haben wir von BRACs Erfahrungen gelernt“, so Msusa.

Regine Koplow von Concern Worldwide erklärt, dass auch ihre Organisation von BRAC gelernt und das Konzept zur Linderung von Ultra-Armut an afrikanische Länder angepasst hat. „Ultra-arme Haushalte müssen immer mit Geld und Training versorgt werden. Wir unterstützen außerdem Dorf-Spar-Programme und Spargruppen.“ Wichtig sei dabei immer eine genaue Bedarfsanalyse: „Welche Ressourcen brauchen die Bedürftigen wirklich, Kredite, Nutztiere oder eher ein Business-Training?“

Hans-Peter Baur vom BMZ betont, die deutsche Entwicklungspolitik unterstütze den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und arbeite mit vielen Partnern wie der Regierung von Malawi zusammen. Das BMZ unterstütze auch die multilaterale African Risk Capacity, die afrikanische Staaten gegen Klimarisiken wie Dürren absichert und Katastrophenvorbeugung belohnt. Ziel der African Risk Capacity ist es, 500 Millionen Menschen bis 2020 Zugang zu einer Dürreversicherung zu erschließen. Ernteausfallversicherungen sind nach klassischem Verständnis keine sozialpolitische Institution – aber wenn sie Armut vermeiden, dienen sie offensichtlich der sozialen Sicherung.

Soziale Sicherung für alle

Soziale Sicherung ist ein Grundrecht aller Menschen, festgelegt in der UN-Menschenrechtscharta. Markus Kaltenborn, Juraprofessor an der Ruhr-Universität Bochum, wies auf einer Konferenz der Stiftung Entwicklung und Frieden in Potsdam darauf hin, dass dieses Recht auch in vielen Verfassungen wie etwa denen von Kenia, Simbabwe oder Südafrika festgeschrieben sei.

Es gibt verschiedene Modelle der sozialen Sicherung. Gesetzliche Kranken- und Arbeitslosenversicherungen stützen sich typischerweise auf Pflichtbeiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen. Solch ein System allerdings funktioniert nur, wenn Unternehmen formal organisiert und registriert sind. Möglich ist aber auch die Absicherung über privatwirtschaftliche Ver-

sicherungen, was aber meist teuer ist. Es gibt jedoch Initiativen, bei denen staatliche Stellen Sozialbeiträge für Erwerbstätige im informellen Sektor übernehmen.

Sozialpolitik kann aber auch mit Steuern und anderen Staatseinnahmen finanziert werden. Dazu gehören Conditional und Unconditional Cash Transfers oder auch Sozialdienste. Diese kommen entweder allen ärmeren Einwohnern eines Landes oder nur ausgewählten, besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen zugute.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) setzt sich für einen sozialen Basisschutz (social protection floor) aller Menschen ein. Dazu gehören der Zugang zu Gesundheitsversorgung und ein Mindestmaß an Einkommenssicherheit für alle Einwohner, also auch für Kinder und alte Menschen. Besonders problematisch ist laut dem Juristen Kaltenborn die soziale Absicherung von Flüchtlingen sowie von Ultra-Armen und Menschen in fragilen Staaten. (sb)

SYRISCHE FLÜCHTLINGSKINDER

Dringender Handlungsbedarf

Seit inzwischen acht Jahren tobt der Krieg in Syrien, und Kinder sind dauerhaft von Gewalt bedroht. Viele von ihnen mussten ihre Heimat verlassen. Sie leben im Süden Syriens, in Jordanien oder im Libanon – oft unter prekären Bedingungen.

Von Dagmar Wolf

Mehr als 5 Millionen Syrer sind bisher aus ihrer Heimat ins Ausland geflohen, die Hälfte davon sind Kinder. Nach UN-Angaben sind weitere 6 Millionen Menschen innerhalb Syriens auf der Flucht (siehe hierzu auch Artikel von Mona Naggar, S. 33). Im Februar 2018 hatten Mitarbeiter der internationalen

Stände und die sozialen Strukturen aller befragten Kinder dramatisch verändert. Sie lebten unter schwierigen Bedingungen, in Armut, vermissten Familienangehörige und Freunde, die vorher Teil ihres Lebens waren. Ihre Zukunft ist ungewiss.

Als ein großes Problem stellt sich für alle befragten Kinder die beengte Wohnsituation dar. Über 70 Prozent der Kinder in Südsyrien und dem Libanon gaben an, mit mindestens drei Personen in einem Raum zu leben, in Jordanien waren es sogar 80 Prozent. Diese angespannte Wohnsituation führe nicht selten zu häuslicher Gewalt. Sowohl im Süden Syriens als auch im Libanon gaben über 60 Prozent der Kinder

der befragten Kinder im Libanon gingen gar nicht zur Schule. Etwas besser sah dem Bericht zufolge die Situation im Süden Syriens und in Jordanien aus – hier waren es acht beziehungsweise elf Prozent der Kinder, die gar nicht zur Schule gingen.

99 Prozent der Kinder im Süden Syriens gaben an, unter bildungsbedingten Stressfaktoren zu leiden – sei es Gewalt in der Schule oder Probleme mit dem Lehrstoff. Im Libanon waren es 86 Prozent, in Jordanien 52 Prozent. Viele der Kinder sagten, sie könnten sich aufgrund der beengten Wohnsituation nicht auf ihre Schularbeiten konzentrieren. Die Kinder klagten nicht nur über Probleme mit dem Lehrstoff. Insbesondere im Süden des Bürgerkriegslandes berichteten sie von körperlicher Züchtigung und von schwerer verbaler Gewalt in der Schule. Das höhere Stresslevel, die permanente Anspannung unter der die Lehrer dort stehen, wirke sich auch auf die Situation im Klassenraum aus, berichtet World Vision.

Die Geschichten der Kinder in dem Bericht „Beyond Survival“ zeugen alle vom täglichen Kampf, dem sie ausgesetzt sind, von materiellen und sozialen Stressfaktoren, die das alltägliche Leben zur Mühsal werden lassen. Für Kinder könne diese Belastung zu langfristigen mentalen Problemen wie dem Posttraumatischen Stresssyndrom, Depressionen und Angstzuständen führen. Werden diese Stressfaktoren nicht angegangen, drohten den Kindern langfristige Gesundheitsprobleme wie Herzerkrankungen, Schlaganfälle, geringe Widerstandsfähigkeit, aber auch Gewalt und lebenslange Armut.

Laut Wynn Flaten, dem Leiter der Syrienhilfe bei World Vision, gehe es nicht nur darum, das nackte Überleben der Mädchen und Jungen zu sichern, vielmehr müsse ihre Kindheit als solche geschützt werden, damit sie zu körperlich und geistig gesunden Menschen heranwachsen können. World Vision appelliert an alle Beteiligten: Die Gewalt müsse beendet, die Familien müssten unterstützt und wieder zusammengeführt werden. Es müssten dringend psychosoziale Unterstützungsprogramme aufgebaut werden, damit Kinder die Fähigkeit zur Versöhnung entwickelten und für ihr Land eine bessere Zukunft gestalten könnten.

LINK

World Vision, 2018: Beyond survival. Seven years of war on Syria's children.
<http://bit.ly/2lqgpcH>



Syrische Flüchtlingskinder im Lager Awde in der Bekaa-Ebene im Libanon.

Hilfsorganisation World Vision die Gelegenheit, im Süden Syriens, im Libanon und in Jordanien über 1 200 syrische Flüchtlingskinder im Alter von elf bis 17 Jahren zu ihrer aktuellen Situation zu befragen. Das Ergebnis ist in der kürzlich erschienenen Studie „Beyond survival“ nachzulesen.

Die unmittelbare Angst vor dem Krieg sei bei den Kindern, die im Süden Syriens leben, am größten, so der Bericht. Der Konflikt habe aber die familiären Lebensum-

stände, in unsicheren Behausungen zu leben, das heißt in beschädigten Gebäuden mit keinem oder nur unzureichendem Zugang zu Wasser oder Strom. Über die Hälfte aller Kinder hatten laut Bericht keinerlei Zugang zur Gesundheitsversorgung. Jedes fünfte Kind im Libanon und im Süden Syriens bekommt nicht genug zu essen.

Viele der befragten Kinder gaben an, arbeiten zu müssen, um das spärliche Familieneinkommen aufzustoßen. Drei von fünf

EU

Migrationsmanagement in Afrika

Wie reagieren autoritäre Staaten in Afrika auf die Migrationspolitik der EU? Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) fordert, Europa brauche klare Kriterien für die Mittelvergabe und müsse rote Linien in Bezug auf Menschenrechte durchsetzen.

Von Monika Hellstern

Seit 2015 stehe das Thema Migrationssteuerung ganz oben auf der europäischen Agenda, schreiben David Kipp und Anne Koch in ihrer Einführung. Zunehmend sollen Migrationsbewegungen bereits in Staaten außerhalb der EU kontrolliert und begrenzt werden, sodass diese Europa nicht erreichen. Kipp und Koch sehen in diesem „Trend zur Externalisierung“ den kleinsten gemeinsamen Nenner der EU-Migrationspolitik.

Die EU schließt sogenannte Migrationspartnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern. Dabei geht es um Kooperationen, beispielsweise im Bereich Handel, Sicherheit oder Entwicklung. Statt frühere Versprechen legaler Zuwanderungswege einzulösen, bietet die EU laut Kipp und Koch auch autoritär regierten Staaten nun zunehmend finanzielle Anreize. So werde Entwicklungspolitik unter dem Schlagwort der „Fluchtursachenbekämpfung“ der Migrationsabwehr untergeordnet. Die Hemmschwelle der EU, mit autoritären Regimen zusammenzuarbeiten, sei gesunken. Dies zeige sich insbesondere an der sicherheits-

politischen Zusammenarbeit zum Schutz der EU-Außengrenzen.

Autoritäre Staaten in Afrika reagieren unterschiedlich auf die Kooperationsangebote der EU. Die Studie untersucht die Länder Ägypten, Algerien, Marokko, Niger sowie Sudan und Eritrea, die in unterschiedlichem Grade autoritär regiert werden. In Ihrem Schlusskapitel urteilen die Herausgeberinnen Anne Koch, Annette Weber und Isabelle Werenfels, einige Regierungen seien proaktiv und wollten die Migrationspolitik aktiv gestalten, während reaktive Regierungen lediglich auf Angebote der EU reagierten.

Zusammengefasst identifiziert die Studie fünf Faktoren, die die Haltungen der Regierungen beeinflussen: ihre staatliche Verfasstheit und Handlungsfähigkeit, der Charakter ihrer von der Kolonialgeschichte und Befreiungskämpfen geprägten Beziehungen zu europäischen Staaten, bestehende Migrations- und Auswanderungspraktiken, regionale Kontexte wie beispielsweise Konflikte sowie Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der EU.

Allen untersuchten Staaten gemeinsam ist, dass ihre Reaktion auf die Angebote der EU von Machterhaltungsinteressen und Legitimationsstrategien geprägt ist. Oft geht es ihnen primär um internationale Anerkennung und die Aufhebung von Sanktionen und nicht um Geld. Aus ihren Ergebnissen leiten die Herausgeberinnen unter anderem

folgende Empfehlungen an die europäische Politik ab:

- Wanderungsbewegungen sollten als staatenübergreifende Migrationskomplexe verstanden werden und europäische Instrumente sollten auf regionalen Dynamiken aufbauen.
- Regionale Freizügigkeit sollte gefördert und nicht durch restriktives Grenzmanagement gefährdet werden.
- Um die Entfremdung von Mitteln zu repressiven Zwecken zu vermeiden, brauche die EU eine klare Gesamtstrategie für die Geldvergabe.
- Staaten, für die Rücküberweisungen aus Europa ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind, sind weiterhin an legalen Migrationsmöglichkeiten interessiert.
- Die EU sollte eindeutige rote Linien mit Blick auf Menschenrechte definieren und durchsetzen.

Während beispielsweise Marokko eine eigene Migrationspolitik verfolge und damit politisches Ansehen auf internationaler Ebene gewinnen wolle, verhalte sich Ägypten eher reaktiv und nutze die Kooperation mit der EU strategisch zur Herrschaftskonsolidierung, heißt es in der Studie. Länder wie Algerien und Eritrea seien nicht nur reaktiv, sondern auch abwehrend gegenüber Angeboten für Zusammenarbeit. Dies liege unter anderem an deren Geschichte antikolonialer Befreiungskämpfe, die zu einer Skepsis gegenüber Europas Politik geführt habe.

Niger wiederum reagiere auf EU-Anreize weder strategisch noch ablehnend, sei aber sowohl an Geld als auch besserer Reputation interessiert. Letztlich steuere die EU die Politik Nigers, schreiben die Herausgeberinnen. Die Interventionen der EU seien allerdings so tiefgreifend, dass sie lokale Konflikte auslösen könnten. Wanderungsbewegungen stärken die lokale Wirtschaft im Norden des Landes, insbesondere in der Region um Agadez. Durch verstärkte Kontrollen sind diese allerdings zurückgegangen. Die Stimmung in der Bevölkerung könnte kippen, wenn die Unzufriedenheit weiter steigt.

LINK

Koch, A., Weber, A., Werenfels, I., 2018: **Migrationsprofiteure? Autoritäre Staaten in Afrika und das europäische Migrationsmanagement.**

https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S03_koc_web_wrf.pdf



Migranten mit Ziel Europa nach der Abfahrt aus Agadez, Niger, auf dem Weg zum Etappenziel Libyen.

RECHT

Vorsorgliche Beweissicherung

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) soll schwere Verbrechen ahnden, wenn die nationale Justiz wegen Bürgerkrieg, Diktatur oder anderen Gründen ausfällt. Auch andere internationale Tribunale dienen diesem Zweck. Der Erfolg hängt von vielen Faktoren ab.

Von Timo Al-Farooq

Die südafrikanische Juristin Navanethem Pillay nimmt den IStGH vor der Kritik einiger afrikanischer Spitzenpolitiker in Schutz. Letztere werfen ihm vor, ein Instrument der reichen Nationen zu sein und sich unverhältnismäßig viel mit Afrika zu beschäftigen. Oft ist das persönliche Interesse dieser Männer offensichtlich: Sie fürchten den IStGH (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/02, S. 15).

Die unter dem Spitznamen „Navi“ bekannte Pillay weist diese Kritik zurück. Von fehlendem afrikanischen Rückhalt des IStGH könne keine Rede sein. In den meisten IStGH-Verfahren hätten die betroffenen Länder selbst das Gericht aufgerufen. Pillay hat lange persönliche Erfahrung mit internationaler Strafjustiz. Sie war Richterin am IStGH und davor am International Criminal Tribunal for Rwanda. Bekannt wurde sie aber vor allem als UN-Hochkommissarin für Menschenrechte von 2008 bis 2014.

Wie Pillay ausführt, wollen viele Afrikaner die Straflosigkeit von Autokraten und Kriegsherren beendet sehen. Der Kontinent sei auch ein „gutes Beispiel“ für regionale überstaatliche Gerichtsbarkeit ohne Anrufung des IStGH. So musste sich der frühere tschadische Diktator Hissène Habré vor einem Sondertribunal der Afrikanischen Union (AU) im Senegal verantworten. Es verurteilte ihn im Mai 2016 zu lebenslanger Haft wegen der Anordnung von Morden und wegen sexuellen Missbrauchs.

Pillay bedauert die begrenzte Zuständigkeit des IStGH. Wenn ein Täter nicht aus einem der IStGH-Mitgliedsländer stammt oder seine Tat nicht in einem dieser Länder verübt hat, kann das Gericht Verfahren gegen ihn nur unter zwei Bedingungen begin-

nen: Entweder der UN-Sicherheitsrat erteilt ihm das Mandat dazu, oder ein betroffenes Land erkennt seine Zuständigkeit an, ohne dem IStGH anzugehören. Daraus folgt, wie Pillay erklärt, dass der IStGH derzeit nichts gegen Straflosigkeit im syrischen Bürgerkrieg oder im Gaza-Streifen tun kann.

Trotz Uneinigkeit im Sicherheitsrat sind die UN mit Blick auf Syrien indessen nicht völlig untätig. Die UN-Vollversammlung hat 2016 den „International, Impartial and Independent Mechanism on Syria“



Navi Pillay als UN-Hochkommissarin für Menschenrechte 2014 auf Dienstreise im Südsudan.

(IIIM) geschaffen. Er sammelt wie eine Staatsanwaltschaft eigeninitiativ Beweismaterial, das – falls es eines Tages Prozesse gibt – nützlich sein wird.

Der IIIM ist wenig bekannt, sollte aber nicht unterschätzt werden, sagt dessen stellvertretende Leiterin Michelle Jarvis. Oft hätten nach früheren Konflikten mühsam Beweise für Strafverfahren gesucht werden müssen. Deshalb sei die vorbereitende Dokumentation wichtig.

Bei einer Veranstaltung des Auswärtigen Amtes in Berlin betonte Jarvis im Mai zu-

dem, die Zusammenarbeit von internationalen Institutionen mit nationalen Behörden sei oft wertvoll. So habe sich etwa der von den UN eingerichtete Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) auf nationale Staatsanwaltschaften gestützt, die zu der Beweissammlung beitrugen. Insgesamt seien rund 9 Millionen Seiten zusammengekommen.

Auch David Tolbert, der ehemalige Vorsitzende des zivilgesellschaftlichen New Yorker International Centers for Transitional Justice, weiß, dass sich die Arbeit internationaler Strafjustiz oft schwierig gestaltet. Für die Strafverfolgung hochrangiger Militärs sei eine „enorme Menge an Informationen“ nötig. Hinzu kämen Aspekte wie Sicherheit, Kostenfragen und Übersetzungsprobleme. Um dauerhaften Frieden zu schaffen, reiche

es auch nicht, Verbrechen aufzuarbeiten. Das gelte zum Beispiel für Kolumbien, wo die Regierung nach mehreren Jahrzehnten Bürgerkrieg einen Friedensvertrag mit der linken Rebellenorganisation FARC schloss. Tolbert spricht von einem „Inter-Generationen-Projekt“.

Auch die ehemalige UN-Hochkommissarin Navi Pillay erkennt Handlungsbedarf jenseits der Justiz. Sie stellt fest: „Kein Entwicklungsland produziert Waffen.“ Ohne Waffenexporte könnten viele Gewaltkonflikte nicht derart verheerend eskalieren.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Wahrnehmung des „Westens“

Deutsche sehen die Entwicklungspolitik der Bundesregierung meist als großzügiges Zeichen der internationalen Solidarität. Manche halten sie auch für „zu großzügig“. Die Lage ist in anderen europäischen Ländern ähnlich. Bürger von Entwicklungs- und Schwellenländern haben oft eine andere Sicht.

Von Hans Dembowski

Auf die Frage, was ihr zum Stichwort „der Westen“ einfällt, antwortet die namibische Hochschuldozentin Emma Leonard, die „besonderen Beziehungen“, die ihr Land mit Deutschland verbinden. Es sind keine einfachen Beziehungen. Wie Leonard ausführt, bekommt Namibia viel deutsche Ent-

pen wurden nie entschädigt. Für die Jahre 2016 und 2017 stellte die Bundesrepublik 72 Millionen Euro für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereit. Leonard sagt, ihre Regierung finde das gut. Sie verweist aber auch auf das in New York laufende Gerichtsverfahren gegen Deutschland, bei dem Vertreter der Nama und Herero Entschädigungen durchsetzen wollen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/11, S.28). Dass die meisten schwarzen Namibier heute arm sind, viele Großgrundbesitzer aber Nachfahren der deutschen Kolonialherren, macht die Dinge noch komplizierter (siehe E+C/D+C e-Paper 2017/07, S.29). Leonard sagte, die Nama und Herero brauchten Geld, um Land zurückzukaufen.

Sie lebten in provisorischen Unterkünften und hätten keinerlei soziale Sicherung oder Rechte. Viele hätten nicht einmal einen schriftlichen Vertrag. Manche müssten mit Prostitution Geld dazuverdienen.

Viele Saisonarbeiterinnen leiden an Asthma, wie Mounia berichtet. Das sei die Folge des unsachgemäßen Einsatzes von Agrarchemikalien. Manchmal seien auch Babys betroffen. Niemand kläre die Frauen über die Chemierisiken auf, so dass sie in Arbeitspausen zum Stillen nicht die Kleidung wechselten. „Marokko hat nichts von den Investitionen“, urteilt Mounia. „Die Gewinne gehen nach Europa.“

Bei einer Veranstaltung der Frankfurt UAS (University of Applied Sciences), sagte die ugandische Feministin Juliet Were Studierenden Mitte Mai, ihre Landsleute hielten Deutsche für „reichlich ignorant“. Sie forderte dazu auf, fleißig zu lesen und sich über globale Angelegenheiten zu informieren. Es sei wichtig, „die Herstellung und den Verkauf von Waffen in Frage zu stellen und zu kritisieren“. Das gelte ebenso für „Minerträge in der Demokratischen Republik Kongo“.

Were leitet eine Initiative, die Isis-WICCE heißt und Studien über Genderfragen, Sicherheit und Regierungsführung in Ländern wie Burundi, Südsudan und Nepal produziert hat. Migration und Vertreibung hätten mit Arbeitslosigkeit und politischer Instabilität zu tun, betont Were. Studierendenverbände sollten sich überall mit feministischen Organisationen verbünden, um weltweit für Menschenrechte und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Abha Bhैया von der zivilgesellschaftlichen Organisation Jagrigrammeen im indischen Himalaya sieht die Dinge ähnlich. „Unsere Stimmen werden von den Machtblöcken im Norden nicht gehört“, sagt sie. Massenhafte Armut sei die Folge davon, wie Land, Ressourcen und Arbeitskraft angeeignet würden.

Der äthiopische Soziologe Sewnet Mekonnen Yineso lehrt an der Frankfurt UAS. Ihn hat überrascht, dass seine Studierenden, als sie Korruption behandeln sollten, Beispiele zur Auswertung nicht in Deutschland, sondern in Indien suchten. Tatsächlich denken viele Deutsche, die hiesige Wirtschaft sei sauber und regelkonform – dabei hat das internationale Ansehen von Konzernen wie VW, Deutsche Bank und Siemens heftig an Skandalen gelitten.



Kupfermine in der DR Congo.

wicklungshilfe (ODA – official development assistance), was aber mit der Kolonialvergangenheit zu tun hat. Leonard erinnert an den Völkermord: Anfang des 20. Jahrhunderts töteten deutsche Truppen 50 Prozent der Nama und 80 Prozent der Herero in der damaligen Kolonie.

Die namibische Regierung ist die Empfängerin der ODA-Mittel, aber die Nachfahren der beiden ethnischen Grup-

pen wurden nie entschädigt. Für die Jahre 2016 und 2017 stellte die Bundesrepublik 72 Millionen Euro für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereit. Leonard sagt, ihre Regierung finde das gut. Sie verweist aber auch auf das in New York laufende Gerichtsverfahren gegen Deutschland, bei dem Vertreter der Nama und Herero Entschädigungen durchsetzen wollen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/11, S.28). Dass die meisten schwarzen Namibier heute arm sind, viele Großgrundbesitzer aber Nachfahren der deutschen Kolonialherren, macht die Dinge noch komplizierter (siehe E+C/D+C e-Paper 2017/07, S.29). Leonard sagte, die Nama und Herero brauchten Geld, um Land zurückzukaufen.

Lokales Saatgut ist klimawandel-resistenter

In den späten 1990er überzeugten Wissenschaftler die Bauern in Malawi, ihr traditionelles Saatgut aufzugeben. Die Experten meinten, der Ertrag sei zu niedrig. Darüber hinaus sei das neue Hybridsaatgut resistenter gegenüber Schädlingen und Krankheiten. Jetzt jedoch raten dieselben Forscher den Bauern, zu ihren traditionellen Feldfrüchten zurückzukehren. Diese Landrassen sind besser an das zunehmend unbeständige Wetter angepasst.

Norwegen finanziert das „Local Seed Restoration Project“ der UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) in Malawi. Hanne Blafjelldal, eine hochrangige norwegische Beamtin, sagt: „Unser Ziel ist es, einheimisches Saatgut zu nutzen, welches die Folgen des Klimawandels abfedern kann.“ Laut Kent Nnadozie von der FAO ist „lokales Saatgut toleranter gegenüber Wetterchocs und neuartigen Schädlingen“. Die traditionellen Pflanzenvarianten enthalten zudem mehr Nährstoffe.

Malawis Landwirtschaftsministerium unterstützt diese Herangehensweise. Früher zog es gegen die Bauern zu Felde, die lokales Saatgut nutzten. Deswegen fordert der FAO-Beauftragte Nnadozie

die Projektleitung auf, „die Bauern zu respektieren und ihre Ansichten miteinzubeziehen“.

Ned Kapira ist ein örtlicher Farmer aus dem Karonga-Distrikt im nördlichen Malawi. Er habe „nie an die Hybrid-samen“ geglaubt, sagt er. Er übernahm jedoch auch die neuen Methoden, als alle anderen Bauern die Landrassen aufgaben. „Nun wird uns plötzlich geraten, einheimisches Saatgut zu pflanzen, weil diese Sorten die wechselnden Wetterbedingungen besser aushalten“, wundert er sich.

Der Karonga-Distrikt leidet unter Dürren und anderen Folgen des Klimawandels. In der Wachstumsphase 2017/18 zerstörten Dürre und Schädlinge wie der Heerwurm rund 600 000 Hektar Ackerland. Komplette Ernten wurden vernichtet; vor allem traf es Hybridsorten.

Nun besinnen sich Forscher auf eine klimawandelresiliente Form der Landwirtschaft. Sie empfehlen den Bauern, verschiedene Feldfrüchte gleichzeitig auf einem Acker anzupflanzen und herkömmlichen Dünger wie Kuhdung zu nutzen. Dies sorgt für ausreichend Feuchtigkeit im Feld, so dass es bei einer Dürre nicht so schnell austrocknet. Außerdem gedeiht Ungeziefer meist auf einer bestimmten Pflanzenart und verbreitet sich deswegen in einer diversifizierten Bewirtschaftung nicht so schnell.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist Journalist und lebt in
Malawi.
[raphael.mweninguwe@
hotmail.com](mailto:raphael.mweninguwe@hotmail.com)

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
59. Jg. 2018
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66
Fax (0 69) 75 01-48 55
euz.editor@fazit-communication.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter
Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpssau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kuhresenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung in E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and
Cooperation in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet.
Wir bitten jedoch um die Zusendung von zwei Belegexemplaren
oder den Links zu den jeweiligen Webseiten. Diese pauschale
Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder und für
Beiträge, bei denen das Copyright des Autors bei der Veröffentlichung
ausdrücklich vermerkt wird. Die Redaktion bittet darum,
nicht unaufgefordert vollständige Aufsätze einzureichen, sondern
zunächst kurze Themenvorschläge zu machen.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,
Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle
die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



WAHLEN

Machtkampf in Mexiko

Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO genannt, ist derzeit der aussichtsreichste Kandidat bei Mexikos anstehender Präsidentschaftswahl. Der linke Politiker polarisiert das Land.

Von Virginia Mercado

AMLO versucht am 1. Juli zum dritten Mal, Präsident von Mexiko zu werden. Der Mann, der für die Partei Morena (Movimiento de Regeneración Nacional) ins Rennen geht, ist 64 Jahre alt, und sein Haar ist längst ergraut. Es ist ihm in all der Zeit nicht gelungen, ein guter Redner zu werden. AMLO spricht mit Pausen und erhebt plötzlich die Stimme, um eine seiner wohlbekanntesten Phrasen zu betonen, die meistens von der „Mafia der Macht“ und dem berechtigten Misstrauen gegenüber den Wahlprozessen in Mexiko handeln.

Eine bunte Mischung von Anhängern unterstützt ihn. Darunter sind schon lange diejenigen, die ihn als Anwalt der kleinen Leute sehen. Dazu gehören auch linke Intellektuelle, Künstler und Akademiker. In jüngerer Zeit erreicht er Menschen, die von den vergangenen beiden Präsidenten enttäuscht sind und das Land in Gewalt versinken sehen. Schließlich gibt es noch

Opportunisten, die sich stets auf die Seite vermuteter Sieger schlagen.

Umfragen zufolge liegt AMLO derzeit mehr als zehn Prozentpunkte vor seinem dichtesten Konkurrenten Ricardo Anaya, dem Kandidaten der rechten PAN. José Antonio Meade, der für die regierende PRI antritt, leidet unter dem korruptions- und gewaltbedingt schlechten Image des Amtsinhabers Enrique Peña Nieto.

Kritiker sehen AMLO als Populisten, der kein Vertrauen verdient. Tatsächlich lässt er offen, wie er seine umfangreichen Wahlversprechen in der Praxis erfüllen will. Von rechtslastigen Populisten wie US-Präsident Donald Trump unterscheidet ihn aber, dass er nicht gegen Minderheiten hetzt und Eliten nicht nur rhetorisch angreift, sondern ihre privilegierte Stellung tatsächlich in Frage stellt.

AMLO steht nicht zum ersten Mal in der Wählergunst ganz oben. Im Wahlkampf 2006 sah es ebenfalls sehr gut für ihn aus – doch dann puschte die PAN ihren damaligen Kandidaten Felipe Calderón mit einer Reihe von Werbespots nach vorn, in denen AMLO mit dem damaligen Präsidenten von Venezuela, Hugo Chávez, verglichen wurde. Die Kampagne zeichnete das Schreckgespenst möglicher sozialistischer und autoritärer

Politik, die der Wirtschaft schaden würden. Es hieß, er sei „eine Gefahr für Mexiko“.

Am Ende gewann Calderón, auch wenn die Durchführung der Wahl sehr zweifelhaft war. Es kam zu Demonstrationen und der Forderung nach einer Neuauszählung der Stimmen, der aber nicht nachgegeben wurde. Auch AMLO protestierte öffentlich. Als Präsident setzte Calderón dann neben der Polizei auch das Militär im Kampf gegen Drogenkartelle ein, woraufhin die Gewalt fürchterlich eskalierte.

Zwölf Jahre und 234 000 Todesopfer später geht das Volk wieder zu den Urnen. Diesmal geht die Kampagne gegen López Obrador vor allem von der regierenden PRI aus. Diesmal ist die Warnung vor einer „Gefahr für Mexiko“ angesichts der Gewalt, die in weiten Teilen den Alltag bestimmt, der wachsenden Anzahl von „Verschwundenen“ und den schwindenden Einflussmöglichkeiten der normalen Bürger weniger glaubwürdig. Die PRI nutzt auch andere Mittel – etwa die Verknüpfung von Sozialprogrammen mit bestimmten Bedingungen oder Stimmenkauf, was bei früheren Wahlen vorgekommen sein soll.

Sollte die Torpedierung AMLOs Erfolg haben, so spiegelt sich das jedenfalls bislang weder in den Umfragen noch in den sozialen Medien oder der öffentlichen Unterstützung wider. Der Morena-Kandidat hat seine Stärke mehr als einmal bewiesen, am eindrücklichsten vielleicht in den erfolgreichen Twitter-Kampagnen #UniversitariosconAMLO (Universitätsangehörige mit AMLO) und #AMLOmania, in denen die Menschen ihn offen unterstützten.

Zu seinen umstrittensten Forderungen gehört zweifellos die nach einer Amnestie für bestimmte Gruppen von Straftätern – die aber auch als Schritt zur Befriedung der Gesellschaft gesehen werden kann. Spannend ist derweil eine Frage, die die bisherigen Machthaber AMLO stellen: Erkennen Sie die Ergebnisse der Wahl an, wenn Sie verlieren? So wie es jetzt aussieht, wird die mexikanische Wählerschaft ihnen selbst diese Frage stellen.



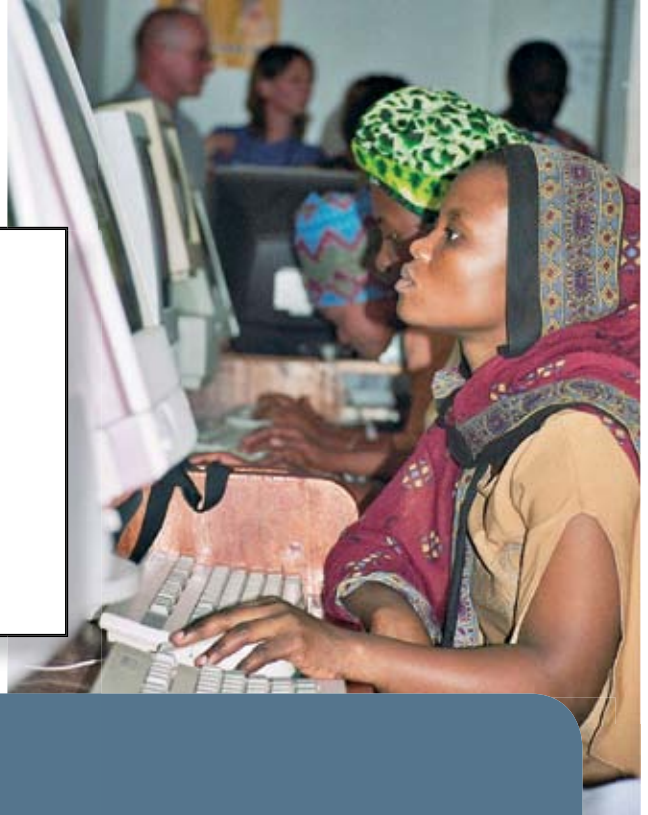
VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der
Universidad Autónoma del
Estado de México (UNAM)
und Lehrkraft für Friedens-

und Entwicklungsstudien.
virmercado@yahoo.com.mx



Umstrittenes Ergebnis: Demonstration für die Neuauszählung der Wahlzettel im Sommer 2006 in Mexiko-Stadt.

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum Login

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

INFRASTRUCTURE
Refugees resist relocation



Aktuelles e-Paper



27.05.2016 – von Hans Dombrowski
Wahrnehmung des „Westens“



26.05.2016 – von Mark Lowcock, Hans Dombrowski
Verletzlichkeit reduzieren

Aktuelle Blog-Beiträge

- It looks as though Ebola lessons have been learned
- Why ODA makes sense even though it sometimes fails

Folgen Sie uns



KRIEGSBERICHTERSTATTUNG

Vertrauenswürdige Quellen

Bei der Kriegsberichterstattung stellen die Beschaffung und Verifizierung von Informationen eine große Herausforderung dar. Vertrauenswürdige Quellen sind schwer zu finden, deshalb ist eine Überprüfung der Informationen besonders wichtig.

Von Gloria Laker Aciro

Die Kooperation zwischen Militär und Medien in Uganda funktioniert gut. Das hat historische Gründe. Nach gescheiterten Friedensverhandlungen zur Beendigung des Konflikts mit der Rebellengruppe Lord's Resistance Army (LRA) hat die Armee beschlossen, eng mit den Medien zusammenzuarbeiten. Sie gründete den Radiosender „Freedom Fm“, um Rebellen und intern Vertriebene zu erreichen.

Als Kriegsreporterin in den Zeiten des Konflikts stützte ich mich zu weiten Teilen auf Informationen, die Soldaten mir zur Verfügung stellten. Journalisten hatten keinen Zugang zu den Rebellen, und deren Kollaborateuren war nicht zu trauen. Somit waren die meisten Berichte einseitig: Sie gaben nur die Perspektive der Armee wieder.

Um so fair und unabhängig wie möglich zu berichten, baute ich vertrauliche Kontakte mit einfachen Soldaten auf. Sie stellten die zuverlässigsten Quellen dar. Aus der Zentrale hingegen kamen oft Informationen, die aus strategischen Gründen

manipuliert waren. Andere Quellen waren Binnenflüchtlinge, lokale Autoritäten, Sozialarbeiter und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen.

Manchmal konnte ich mit verletzten Rebellen in Krankenhäusern sprechen. Als weibliche Berichterstatteerin hatte ich einen besonderen Zugang zu Kindersoldaten: Sie behandelten mich wie eine Mutter und vertrauten mir sensible Informationen an. Auch Vergewaltigungsoffer konnte ich als Frau leichter befragen. Mit der Verbreitung von Radio und Mobilfunkgeräten begannen die Rebellen durch ihre Sprecher aktiv selbst zu kommunizieren – aber es war nach wie vor schwierig, den Wahrheitsgehalt ihrer Informationen zu überprüfen.

Selbst wenn man den Kontakten vertraut, muss man die Fakten vor einer Veröffentlichung unbedingt prüfen. Anstatt Exklusivnachrichten nachzujagen, müssen Kriegsreporter zusammenarbeiten. Im LRA-Krieg sorgte das Mediennetzwerk für sachliche Gegennarrative und wirkte gegen Parteilichkeit, Übertreibung und Falschberichte.

Guter Journalismus reduziert Konflikte und fördert Frieden. Kriegsberichterstatteerin können von Medien angefachte Gewalt verhindern, indem sie die Prinzipien des Friedensjournalismus beachten und Hetzreden vermeiden. Anstelle stereotyper Zuschreibungen des „bösen Feindes“

sollten Berichte über Bemühungen zur Versöhnung, zur Beendigung von Gewalt und zum Schutz der Menschen stehen.

Trotz des guten Verhältnisses zum Militär erlebten ugandische Journalisten auch Einschüchterungsversuche und Drohungen. Einigen wurde Kollaboration mit den Rebellen vorgeworfen. Doch wir behaupteten uns und berichteten unabhängig. Mit der Zeit entwickelten sich die Medien zu einem wichtigen Instrument der Beteiligten.

Recherche in Kriegsgebieten ist gefährlich, weshalb die persönliche Sicherheit immer ein Thema ist. Ich trug zum Beispiel stets mehrere Kopien meines Ausweises bei mir. Wenn mir etwa meine Tasche weggenommen wurde, hatte ich noch eine Kopie in der Hosentasche – was zum Beispiel bei Ausgangssperren vor Folter schützen kann. Um meine Quellen zu schützen, verwendete ich Decknamen.

Weitere Empfehlungen sind:

- niemals allein für Kriegsberichte auf Recherche zu gehen (ich war immer mit zwei oder mehr anderen Journalisten unterwegs, und wir passten aufeinander auf),
- keine Fotos von militärischen Anlagen oder großen Brücken zu machen, ohne eine Erlaubnis dafür zu haben,
- Redakteure über die Details der Reise zu informieren,
- keine auffälligen Farben zu tragen – im Falle eines Hinterhalts ist man sonst das erste Ziel,
- sich beim Auftraggeber um eine schussichere Presse-Weste zu bemühen oder – sollte sie von der Armee zur Verfügung gestellt werden – ein ziviles Hemd darüber zu tragen,
- mehrere Wege in das Zielgebiet und wieder heraus zu kennen und Kontakt mit lokalen Autoritäten aufzunehmen.

Als Kriegsberichterstatteerin habe ich Jeans und flache Schuhe getragen, um besser laufen und auf jegliche Art von Transportmitteln aufsteigen zu können. Und ich hatte immer meine eigene Wasserflasche dabei, damit ich keine Getränke annehmen musste.



GLORIA LAKER ACIRO
leitet die Peace Journalism
Foundation of East Africa. Sie
lebt in Uganda.
glorialaker@gmail.com

Twitter: @GloriaLaker

Blog: www.pjfeastafrica.wordpress.com



Kriegsberichterstattung bietet oft nur eine Sichtweise. Soldaten der ugandischen Armee 2012.

PRÄGENDE JAHRE

Privilegiert, aber gestresst

Indiens Mittelschicht, die hauptsächlich in urbanen Gebieten lebt oder dorthin zieht, wächst schnell. Die Angehörigen dieser sozialen Schicht streben weiter nach oben und haben ehrgeizige Ziele – vor allem in Bezug auf ihre Kinder.

Von Roli Mahajan

Die typische indische Mittelschichtfamilie ist klein. Beide Eltern arbeiten, und die Kinder verbringen einen Großteil der Zeit mit ihren Großeltern, mit Angestellten oder in Betreuungseinrichtungen.

„Die frühen Jahre gehören zu den härtesten“, sagt Aarti Chibber, die eine Kindertagesstätte in Delhi leitet. Die Kinder kommen typischerweise mit etwa 18 Monaten zu ihr und bleiben bis zum Schuleintritt mit fünf Jahren. Nicht allen Eltern ist wohl dabei. Eine Mutter, deren dreijährige Tochter Chibbers Einrichtung besucht, gibt zu: „Ich habe Schuldgefühle. Abends versuchen mein Mann und ich, die verpasste Zeit mit ihr wettzumachen. Aber manchmal geben wir ihren Wünschen einfach nach, weil wir schlicht zu müde sind.“ Die Mutter arbeitet bis zu 11 Stunden am Tag in einer Werbeagentur. Ihr Familie brauche das Geld, sagt sie, nicht zuletzt, um in die Zukunft ihrer Tochter zu investieren.

Inderinnen bekommen im Schnitt nur noch 2,2 Kinder. Allerdings gibt es soziale Unterschiede: Frauen aus den einkommensärmsten Schichten bekommen 3,2 Kinder, während es in den reichsten nur 1,5 sind.

„Woher soll man die Ressourcen nehmen – Zeit, Geld, Energie –, um heutzutage mehr als ein Kind großzuziehen?“, fragt Ritu Singh, Designerin und Mutter eines Kindes. So wie sie denken einer Umfrage zufolge die meisten berufstätigen Mütter von Einzelkindern. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die berufliche Belastung und die Kosten, die Kinder mit sich bringen, viele Mütter davon abhalten, die Familie nach dem ersten Kind weiter zu vergrößern.

Sonalde Desai, Wissenschaftlerin an der University of Maryland, hält das für eine vernünftige Entscheidung. Viele Frauen

wollen einen guten Job, und ein gutes Einkommen ermöglicht ihnen, mehr Geld für die Bildung ihrer Kinder auszugeben. Sie können dann eher eine Privatschule besuchen, in der das Niveau höher ist.

Dennoch bilden Ein-Kind-Familien in Indien weiterhin die Ausnahme. Die meisten Mittelschichteltern wünschen sich zwei Kinder, am liebsten einen Jungen und ein Mädchen. „Heutzutage, wo man noch nicht einmal seine Nachbarn kennt, ist ein Geschwisterkind gut gegen Langeweile und Einsamkeit“, sagt Divya Gupta, die zwei Kin-



Die indische Durchschnittsfamilie hat zwei Kinder.

der hat und zu Hause eine kleine Bäckerei betreibt.

Typisch für Mittelschichteltern sind ein voller Zeitplan, ständige Hektik und das Bedürfnis, die Defizite durch Konsum auszugleichen. Ihre Kinder wachsen mit elektronischen Geräten auf, essen unterwegs mit Freunden und bewegen sich nur wenig. Viele bekommen Nachhilfe, denn der Druck, gute Noten nach Hause zu bringen, ist groß. So plagen die Kinder zwei Probleme: Übergewicht und Schulstress. Sie sind zwar sicherlich in vielerlei Hinsicht privilegiert, das heißt aber nicht, dass ihr Leben einfach wäre.

Laut einer im New England Journal of Medicine veröffentlichten Studie sind 14,4 Millionen indische Kinder übergewich-

tig. Ärzte machen dafür vor allem die ständige Verfügbarkeit kalorienhaltigen Essens verantwortlich. Aber der Lebensstil und fehlende Bewegung an der frischen Luft spielen ebenfalls eine Rolle. Auch wegen der Hitze und Luftverschmutzung (siehe meinen Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2018/04, S. 12) halten sich Mittelschichtkinder meistens in klimatisierten Räumen auf. Wenn sie nicht lernen müssen, schauen sie fern, spielen Videospiele und beschäftigen sich mit ihren Smartphones.

Es gibt nicht genügend gute Schulen für Indiens riesige Bevölkerung. Mittelschichtkinder werden in der Regel von klein auf zu guten Leistungen in der Schule angehalten. Die Eltern wollen, dass es ihre Sprösslinge im Leben zu etwas bringen, und sie wissen genau, dass Bildung dafür der Schlüssel ist. Vor allem in den höheren Klas-

sen, deren Noten für die Hochschulzulassungen ausschlaggebend sind, lastet hoher Druck von Seiten der Eltern auf den Kindern.

Wenn sie versagen, sehen manche Schüler nur noch den Selbstmord als Ausweg. Der offiziellen Statistik zufolge tötet sich jede Stunde ein Schüler oder eine Schülerin in Indien selbst. Auch die Selbstmordrate für junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren ist eine der höchsten der Welt. Rund ein Drittel aller Selbsttötungen in Indien fallen in diese Altersgruppe.



ROLI MAHAJAN
ist freie Journalistin
in Delhi.

roli.mahajan@gmail.com

WAHLEN

Desinformation bekämpfen

Jeden Tag verbreiten soziale Medien sogenannte „Fake News“, also schlicht Falschinformationen, irreführende Propaganda und dreiste Lügen. Besonders während Wahlen hat Online-Desinformation verheerende Auswirkungen, weil sie gewaltsame Zusammenstöße auslösen kann. Penplusbytes, eine unabhängige Medienorganisation in Ghana, hat einen Weg gefunden, Desinformation am Wahltag zu identifizieren und unschädlich zu machen.

Von Kwami Ahiabenu II

Journalisten sind oft nicht gut vorbereitet, um mit den Herausforderungen der sozialen Medien adäquat umzugehen. Dies betrifft vor allem Propaganda, die sich als Nachrichten ausgibt. Schon oft haben Wahlen in afrikanischen Ländern Gewalt ausgelöst, deswegen ist Desinformation besonders gefährlich vor, während und direkt nach Wahlen.

Um diese Gefahr zu bannen, richtete Penplusbytes 2008 das „African Elections Project“ ein. Penplusbytes ist eine zivilgesellschaftliche Organisation (siehe Kasten nächste Seite). Sie war bisher an der Wahlberichterstattung in der Elfenbeinküste, Niger, Ghana, Malawi, Mosambik, Namibia, Mauretanien, Botswana, Togo, Guinea und Liberia beteiligt. Das „Africa Elections Project“ stärkt die Demokratie indem sie Internet und sozialen Medien nutzt, um verlässliche Informationen über die Wahlen zu verbreiten.

Die Bausteine für dieses Projekt beinhalten:

- Training für Redaktionsleiter, Journalisten und Reporter,
- Nutzung von SMS als Monitoring,
- einen Medienleitfaden für Wahlen,
- Aufbau von glaubwürdigen Online-Portalen,
- Stärkung des Wissensmanagements (wie etwa „lessons learned“, Herausforderungen, Schlüsselfaktoren für den Erfolg et cetera) und
- Medien-Monitoring.

Medien-Monitoring ist besonders wichtig. Relevante Methoden sind beispielsweise

- Kartierung von Zwischenfällen bei Wahlen,
- Frühwarnsystem bei gefährlichen Entwicklungen und
- Realzeit-Monitoring durch neue Apps.

DAS SOCIAL MEDIA TRACKING CENTRE

Das Monitoring von traditionellen Medien (TV, Radio, Zeitungen) ist längst Norm in Afrika. Soziale Medien sind schwerer nachzuverfolgen, müssen jedoch auch beobachtet werden. Penplusbytes hat deswegen das so genannte „Social Media Tracking Centre“ (SMTC) entwickelt.

Das erste SMTC wurde während der Wahlen in Ghana 2012 eingesetzt, mit der Absicht, Wahlbetrug in Echtzeit aufzudecken und mit diesen Informationen die relevanten Institutionen zu warnen. In Ghana gab Penplusbytes diese Informationen weiter an die „National Elections Security Task Force“ (NESTF) – und diese wurde sofort aktiv.

Die SMTC-Teams überwachen Plattformen wie Twitter, Facebook et cetera. Sie nutzen dabei die Aggie Social Media Tracking-Software, die im Georgia Institute of Technology in den USA entwickelt wurde. Die Aggie-Software macht die Beurteilung von Trends bezüglich Themen wie Wahl-Logistik, Gewalt, politischen Parteien und so weiter möglich. Alle Inhalte der sozialen Medien werden einer Schlüsselwort-Kategorisierung unterzogen. „Kämpfe vor Wahlkabine“ wird beispielsweise unter „Gewalt“ eingeordnet.

Der SMTC-Ansatz benötigt drei Teams. Das erste ist das „Tracking-Team“,

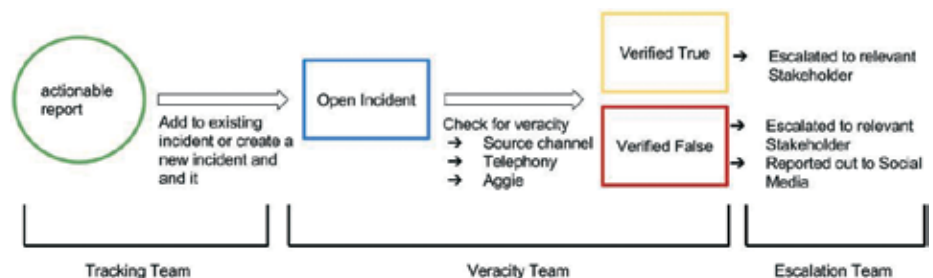
das überwacht, was vor sich geht. Es gibt alle relevanten Vorgänge weiter an das „Verifikationsteam“, das herausfinden muss, ob die Information richtig ist oder nicht. Wenn das geschehen ist, informiert das „Eskalationsteam“ die jeweiligen Interessensgruppen. Es ist nicht nur wichtig, sie bei tatsächlichen Ereignissen zu warnen, sondern auch über Falschnachrichten, da offizielle Stellen ebenfalls in die Irre geführt werden können.

Der Prozess des Faktenprüfens ist nicht einfach. Als Erstes fragen die Verifikationsteams bei vertrauenswürdigen Quellen nach, wie sie die Nachricht beurteilen. Diese Quellen sind seit längerer Zeit bekannt und nachgewiesenermaßen sehr zuverlässig. Meistens haben die Teams regelmäßigen Kontakt zu diesen Quellen.

Andere Aspekte werden ebenfalls beleuchtet. Dazu gehören die Erzeuger von Inhalten, ihre möglichen Motive und wer – und wie viele – die Inhalte teilen. Diese Dinge geben Faktenprüfern wichtige Hinweise. Wenn ein Post von jemandem mit einer eindeutigen Tendenz kommt, wird die rote Fahne gehisst. Diese Quelle wird in Zukunft als weniger vertrauenswürdig eingestuft.

In Ghana arbeitet das SMTC mit jungen Technikfreaks von Hochschulen. Wenn ein relevanter Inhalt als entweder wahr oder falsch klassifiziert worden ist, wurden alle wichtigen Stellen – inklusive der NESTF – schnell über den Wahl-Störfall informiert.

Das Social Media Tracking Centre (SMTC) erhielt 297 660 Berichte von Facebook, RSS Feeds, Twitter, SMS und WhatsApp. Durchschnittlich kamen 70 Reports pro Minute an. 39 Prozent der verifizierten Vorfälle betrafen Wahl-Logistik wie verspätetes Wählen, verschwundene Wahlscheine oder Ausfälle der biometrischen Messgeräte. Auf der anderen Seite stellten sich 18 angebliche Fälle von Gewalt und Wahlbetrug als Desinformation heraus.



Workflow des Social Media Tracking Centre (SMTC).

In Ghana wurde die Arbeit des SMTC von der Deutsche Welle Akademie und dem National Endowment for Democracy aus den USA unterstützt. Außer der NESTF wurden die Nationale Wahlkommission, die Koalition der lokalen Wahlbeobachter und die Sicherheitskräfte in Echtzeit vom SMTC informiert. SMTC-Teammitglieder waren in deren Kontrollzentren eingebettet.

Alle Beteiligten bestätigen, dass diese Arbeit nützlich war. James Afedo, der Kommunikationsmanager der ghanaischen Wahlkommission, sagte: „Wir freuen uns, dass wir bei den Wahlen mit Penplusbytes gearbeitet haben. Das Social Media Tracking Centre machte es möglich, dass wir die Bürger als ‚Augen vor Ort‘ nutzen konnten, indem sie den Wahlprozess beobachtet haben. Die Berichte während der Wahlen, die uns die Bürger über Social Media zukommen ließen, nutzten wir zur Lösung der Probleme.“ Kingston Tagoe, IT-Unternehmer und SMTC-Aufsichtsperson, sagte: „Der SMTC gewährleistet transparente und friedliche Wahlen, und wir freuen uns, dass wir dabei behilflich sein können.“

Damit die Teammitglieder und ausgewählte Journalisten sich besser darüber informieren konnten, wie man mit Fake News umgehen kann, organisierte Penplusbytes eine Reihe Trainings in der Hauptstadt Accra und Kumasi, der regionalen Hauptstadt der Ashanti-Region. Darüber hinaus kooperierte Penplusbytes mit dem EIB-Netzwerk, das Radio- und Fernsehstationen sowie Websites unterhält.



Mitglieder des Social-Media-Tracking-Centre-Teams in Accra, Ghana.

FAZIT

Fake News bekämpfen ist nicht einfach, da es sehr schnell geschehen muss, riesige Datenmengen analysiert und die Quellen entdeckt werden müssen. Penplusbytes setzte SMTC ein, um Falschnachrichten rund um die Wahlen online aufzudecken.

Es gibt starke Hinweise darauf, dass Fake News, Online-Propaganda und Desinformation eher zunehmen als aufhören werden. Man nimmt an, dass diese Herausforderung bezüglich Ausmaß und Komplexität wächst, nicht nur durch die Teilnahme von Menschen, aber auch durch Online-Bots (Computerprogramme, die automatisch Aufgaben durchführen). Es ist ein Wettrennen gegen die Zeit, um Strategien zu entwickeln sowohl bezüglich Technologie als

auch menschlichen Systemen, die zusammen mit größerer Medien- und Informationskompetenz dazu beitragen kann, diese Flut zu stoppen. Das SMTC ist eine Methode, die Wahlprozesse in einem schwierigen Umfeld schützen kann.

LINKS

Penplusbytes
<http://penplusbytes.org/>
African Elections Project
<http://www.africanelections.org/>



KWAMI AHIABENU II
 ist Direktor der unabhängigen Medienorganisation **Penplusbytes.org**. Er lebt in Accra, Ghana.

info@penplusbytes.org

Demokratische Emanzipation

Penplusbytes wurde vor 17 Jahren gegründet, um afrikanischen Medienhäusern zu helfen, mit digitalen Technologien zurechtzukommen. Es handelt sich um eine nicht-kommerzielle Organisation, die unter anderem Trainingmaßnahmen für Journalisten anbietet.

Momentan fördert Penplusbytes bessere Regierungsführung in Afrika, indem Infor-

mationstechnologie (IT) in drei Bereichen genutzt wird:

- neue Medien und Innovationen,
- Nutzung von neuen digitalen Technologien zur Emanzipation der Bürger,
- mehr Beaufsichtigung der Rohstoffindustrie (Bergbau, Öl und Erdgas).

Penplusbytes' Hauptmission ist es, den Bürgern Partizipation zu ermöglichen. IT ist

dabei behilflich. Diese Nicht-regierungsorganisation hat bisher in über 15 afrikanischen Ländern gearbeitet. Die Datenbank der Alumni beinhaltet über 1500 Reporter und Medienschaffende aus 24 Ländern in ganz Afrika. Das zentrale Büro ist in Accra, hinzu kommen Zweigstellen in Lagos und Cotonou.

International hat das Phänomen der Desinformation sowohl zu einem Vertrauensverlust der Medien geführt wie auch zu einer Apathie der Bürgerschaft. Gleichzeitig un-

terlaufen digitale Medien das Einkommen und den Einfluss der traditionellen Medien. Konventionelle Geschäftsmodelle brechen zusammen.

Um gut informiert zu bleiben, müssen Bürger die digitalen Medien und ihr Geschäftsmodell besser verstehen. Mit anderen Worten, man braucht mehr Medienkompetenz. Jeder Versuch, Falschinformationen zu bekämpfen ist notwendig, vor allem wenn den Bürgern damit geholfen wird, komplexe Situationen mit kritischer Analyse zu begegnen. (ka)

KONJUNKTUR

Umfragen mit Potenzial

Deutsche Industrie- und Handelskammern veröffentlichen regelmäßig repräsentative Konjunkturumfragen. Sie können dies durch viele Mitglieder und solide finanzielle Einnahmen leisten. Für Unternehmen, Politik und Verwaltung sind die Umfragen eine wichtige Informationsquelle. In Entwicklungsländern sieht es ganz anders aus: Die Kammern haben meistens wenige Mitglieder und geringe Ressourcen. Ein Beispiel aus Ghana zeigt aber, dass es auch dort gelingen kann, eine Konjunkturberichterstattung einzuführen.

Von Michael Konow

40 Prozent der befragten Unternehmen der Western Region in Ghana bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als „gut“ und 39,5 Prozent als „befriedigend“. Über 70 Prozent erwarten verbesserte wirtschaftliche Bedingungen für das eigene Unternehmen in den kommenden sechs Monaten. Dies sind die Ergebnisse der Konjunkturumfrage des vierten Quartals 2017 der Sekondi-Takoradi Chamber of Commerce and Industry (STCCI). Sekondi-Takoradi ist die Hauptstadt der Western Region und mit rund 340 000 Einwohnern drittgrößte Stadt Ghanas. Die Ergebnisse der Umfrage, an der sich rund 150 Unternehmer beteiligten, decken sich mit den positiven Erwartungen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Er prognostiziert ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von Ghana von 8,9 Prozent im Jahr 2018 – das zweithöchste weltweit.

„Unsere quartalsweise Konjunkturumfrage soll relevante, verlässliche und leicht verständliche Daten für Wirtschaftsplanung und -Prognosen für Mitglieder der STCCI und andere Unternehmen, vor allem für kleine und mittelständische Betriebe in der Western Region, liefern“, erläutert STCCI-Präsident Ato Van Ess. Die Umfragen würden Unternehmen helfen, ihre Position im Vergleich zu Wettbewerbern besser einschätzen zu können. „Sie ermöglichen Unternehmen, Muster wirtschaftlicher Faktoren zu erkennen. Dadurch können sie notwen-



STCCI-Mitarbeiter Abigail Asante (r.) und Aidoo Atta Panyin bei der Datensammlung für den Konjunkturbericht in der Western Region in Ghana.

dige Gegenmaßnahmen entwickeln, falls es negative Vorhersagen gibt, oder sie können die Vorteile positiver Vorhersagen und Trends nutzen“, so Van Ess weiter. Die Umfragen geben auch Anhaltspunkte darüber, ob sich für Investoren und Existenzgründer ein Markteintritt in Sekondi-Takoradi lohnt.

STCCI, die derzeit rund 320 Mitglieder vertritt, hat sich mit ihren Konjunkturberichten ein Alleinstellungsmerkmal in Ghana erarbeitet und wird dadurch von Politik, Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft verstärkt als kompetente Wirtschaftsvertretung wahrgenommen. „Die Umfragen sind schnell zu einer Referenz für viele Institutionen in der Western Region geworden“, freut sich STCCI-Geschäftsführer Vincent Annan. Die Umfrageergebnisse nutze seine Kammer zudem, um sich für positive wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie besseren Zugang zu Krediten einzusetzen. Denn nach wie vor ist der Zugang zu Fremdkapital für jedes vierte Unternehmen größtes Risiko für die eigene Zukunft. Es ist zu vermuten, dass die Konjunkturberichte auch ein Grund dafür sind, dass mittlerweile erste, vor Ort vertretene internationale Unternehmen der STCCI beigetreten sind.

VIELE HERAUSFORDERUNGEN

Doch die Erstellung der vierteljährlichen Berichte stellt die ghanaische Kammer vor große Herausforderungen. Besonders die Sammlung und Auswertung der Rohdaten ist äußerst aufwändig, da derzeit noch je-

des teilnehmende Unternehmen vor Ort aufgesucht werden muss. Denn nur so ist sichergestellt, dass der Fragebogen ausgefüllt und vor allem zurückgegeben wird. Gerne würde STCCI auch Unternehmer in den entlegeneren Bezirken der Western Region befragen, was aber noch an Geld und Zeit scheitert. Teilweise scheitern die Befragungen, die in der offiziellen Landessprache Englisch formuliert sind, daran, dass die Unternehmer nur eine der vielen lokalen Sprachen sprechen.

Einige Unternehmer sind trotz vorgelegter Visitenkarte der Interviewer und Empfehlungsschreiben der Kammer nicht bereit, an der Umfrage teilzunehmen, aus Angst, Unbekannten Firmendaten preiszugeben. Auch sinkt teilweise die Teilnahmebereitschaft durch Trittbrettfahrerverhalten: Wozu freiwillig an der Umfrage teilnehmen und kostbare Zeit opfern, wenn dies schon andere Unternehmen tun und der Konjunkturbericht zum kostenlosen Download auf der Website der STCCI bereitsteht? Insgesamt überwiegen aber die positiven Erfahrungen, berichten Abigail Asante und Aidoo Atta Panyin, die für die Datensammlung zuständig sind: „Viele Entrepreneurere nehmen gerne an der Umfrage teil, weil sie das Potenzial für ihre Unternehmen erkennen.“

Mit steigender Bedeutung der STCCI-Konjunkturberichterstattung erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, die Umfragen zukünftig onlinebasiert durchführen und mit Software-Lösungen automatisiert auswerten zu können. So könnten auch mehr Unternehmen erreicht werden, was die Vali-

dität der Ergebnisse weiter steigern würde. Perspektivisch könnte STCCI mit seinen Konjunkturberichten sogar Geld verdienen. Denn gerade in Ländern mit schwacher amtlicher Datenbasis könnten Konjunkturdaten an Ministerien, Verwaltungen und die Zentralbank verkauft werden oder an internationale Organisationen und größere Unternehmen.

Die Frage ist, ob Konjunkturbefragungen potenziell für Kammern und Verbände in allen Entwicklungsländern umsetzbar sind. Torsten König, Leiter der Abteilung Konjunktur und Statistik der Handelskammer Hamburg, unterstützte STCCI bei der Einführung der Berichterstattung. Er ist sich sicher: „Konjunkturumfragen funktionieren in jedem Land der Welt. Zumindest die Einstiegsfrage ‚Ist die Geschäftslage Ihres Unternehmens gut, befriedigend oder schlecht?‘ kann praktisch jeder Unternehmer beantworten – vom internationalen Konzernlenker bis zur Marktfrau in Takoradi.“ Das sind eigentlich gute Aussichten für jede Wirtschaftsvertretung.

LINK

Sekondi-Takoradi Chamber of Commerce and Industry (STCCI):

<http://www.sekonditakoradichamber.org>



MICHAEL KONOW
ist Leiter der Abteilung
Internationale Projekte und
Partnerschaften der
Handelskammer Hamburg.

michael.konow@hk24.de

Unterstützung von Kammern und Verbänden in Entwicklungsländern

Das Kammer- und Verbandspartnerschaftsprogramm (KVP) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll Erfahrungen und Know-how deutscher Unternehmen für die Entwicklungszusammenarbeit mobilisieren

und direkte Kooperationen von nichtstaatlichen Trägern entsprechend des Subsidiaritätsprinzips fördern. Das Programm wird von der Durchführungsorganisation sequa gGmbH administriert. Die Handelskammer Hamburg betreibt nach KVP-Projekten in

Madagaskar und Tunesien seit Mitte 2015 eine Kammerpartnerschaft mit der Sekondi-Takoradi Chamber of Commerce and Industry (STCCI) in Ghana. Das Projekt hat das Ziel, die Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Western Region zu verbessern. Dazu

soll die STCCI organisatorisch nachhaltig aufgestellt und ihre Mitglieder und weitere Unternehmen durch attraktive Dienstleistungen unterstützt werden. Beispiele hierfür sind die jährliche Organisation der Ghana Extractive Industry and Safety Conference, Angebote im Bereich Streitschlichtung und Mediation, ein Lernzentrum für Gesundheit und Arbeitsschutz und die quartalsweise Konjunkturberichterstattung. (mk)

ÖFFENTLICHE MEINUNG

Unverzichtbarer Qualitätsjournalismus

Demokratie braucht faktenbasierte Auseinandersetzung. Um die entsprechende Medienkultur zu schützen, ist Handeln auf verschiedenen Feldern nötig. Journalistische Qualitätsstandards sind wichtig und sollten allgemein bekannt sein.

Von Hans Dembowski

In März veröffentlichte eine Expertengruppe (High-level Expert Group – HLEG) im Auftrag der Europäischen Kommission sinnvolle Vorschläge zum Kampf gegen Desinformation und „fake news“. Sie verdienen internationale Beachtung.

Die HLEG lehnt den Begriff „fake news“ ab, weil Politiker mit autoritären Neigungen ihn verwenden, um Kritik an ihnen selbst zu diskreditieren. Die Fachleute bevorzugen den Terminus „Desinformation“, den sie für „jede Art von falschen, ungenauen oder irreführenden Informationen“ verwenden, die dazu dienen, „öffentlichen Schaden anzurichten oder Profit zu erzielen“.

Desinformation ist nicht in jedem Fall illegal. Wie kann das Phänomen bekämpft werden, ohne das Grundrecht der Meinungsfreiheit einzuschränken? Die HLEG empfiehlt dafür ein mehrdimensionales Vorgehen mit folgenden „fünf Säulen“:

- erhöhte Transparenz darüber, wie und an wen Online-Informationen verbreitet werden,
- die Förderung von Medienkompetenz, damit Verbraucher das Umfeld besser verstehen,
- neuartige Instrumente, um Verbraucher und Journalisten zu befähigen, die sich schnell entwickelnde Kommunikationstechnik kompetent zu nutzen,
- Schutz der Vielfalt des bestehenden medialen Ökosystems in Europa mit Förderung seiner Nachhaltigkeit und
- systematische Forschung über die Wirkung von Desinformation und geeignete Gegenmaßnahmen.

Wie die Experten ausführen, geht der Kampf gegen Desinformation die ganze

Gesellschaft an. Er könne nicht dem Staat überlassen werden, nicht alle europäischen Politiker und Behörden hätten denselben Respekt vor der Pressefreiheit. Manche streuten selbst Desinformation. Obendrein könnten ausländische Akteure europäische Politik beeinflussen wollen.

Als ersten wichtigen Schritt sollen laut der Expertengruppe relevante Unternehmen und Interessengruppen – von Presse und Rundfunk über Rechercheure bis hin zu Werbeagenturen – einen europäischen Praxiscode verabschieden, der Rollen und Verantwortlichkeiten definiert. Die HLEG meint, alle digitalen Medien müssten sämtliche Informationen liefern, die Nutzer brauchen, um zu verstehen, wer welche Meldungen verbreitet – einschließlich Angaben über Geschäftsmodelle, Sponsoren und Anzeigenkunden. Zudem stehe Verbrauchern Information über Finanzierung, Algorithmen und automatisierte Programme zu. Schließlich müssten Internet-Plattformen auch Fact-Checking erleichtern, indem sie entsprechende Links anbieten und problematische Inhalte markieren.

Laut Urteil der Fachleute muss die Medienkompetenz generell gesteigert werden. Verbraucher müssten wissen, wie Medien arbeiten, um Fälschungen zu erkennen. Sie sollten Qualitätskriterien kennen und wissen, warum Fehler trotzdem vorkommen. Zugleich solle unabhängiger, faktenbasierter Journalismus ermutigt werden – und



Anhänger des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor seiner Wiederwahl im März – er war der einzige ernstzunehmende Kandidat.

zwar besonders, wenn er mächtige Interessen in Frage stelle. Schulen und andere Institutionen müssten Medienkompetenz fördern. Obendrein fordert die HLEG Weiterbildung für Medienprofis, um sie auf der Höhe der technischen Entwicklung zu halten.

Aus Sicht der EU-Fachleute stecken herkömmliche Medien – vor allem die Presse – in einer Krise. Das Internet untergrabe mit kostenlosen Nachrichten bewährte Geschäftsmodelle. Sie sprechen sich dafür aus, Qualitätsjournalismus mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Eine Möglichkeit seien Steuerbefreiungen.

Schließlich fordert die HLEG, die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten ein Netzwerk unabhängiger Forschungsinstitute einrichten. Deren Wissenschaftler würden dann unter anderem:

- verfolgen, wie sich Ausmaß, Methoden und Mittel der Desinformation entwickeln,
- Quellen von Desinformation benennen und
- das entsprechende Wissen relevanten Akteuren zur Verfügung stellen.

Die Vorschläge sind stimmig. So kann Europa Desinformation bekämpfen. Allerdings hängt der Erfolg davon ab, ob genügend Akteure mitmachen. Leider betreiben manche Medienhäuser selbst populistische Desinformation. Sie müssen benannt und bloßgestellt werden.

Das Konzept der HLEG kann grundsätzlich überall funktionieren. Die Autoren räumen aber ein, dass Europas starke Infrastruktur, hohes Bildungsniveau und lebhaftes Zivilgesellschaft hilfreich sind. Medienkompetenz ist sicherlich dort schwerer zu fördern, wo Analphabetismus noch vorkommt. Dort, wo das Recht auf freie Rede noch jung ist, dürfte es auch schwerer sein, Bürger zum unabhängigen Faktencheck zu ermutigen.

GESELLSCHAFT OHNE WAHRHEIT

Wie verunsichernd ein Lebensumfeld ohne Wahrheitsbezug sein kann, beschreibt Peter Pomerantsev in seinem Buch „Nichts ist wahr und alles ist möglich“. Seine Geschichten sind so bizarr, dass sie erfunden zu sein scheinen. Wer aber die Namen von Personen und Orten bei Google eingibt, stellt schnell fest, dass sie eine gewisse Substanz haben müssen.

Pomerantsev ist ein britischer Fernsehjournalist russischer Abstammung. Er hat ein Jahrzehnt lang in Moskau gearbeitet und berichtet in seinem Buch von seinen Erlebnissen. Als Reporter hatte er mit vielen unterschiedlichen Menschen zu tun – darunter Gauner, Manager, Beamte, zivilgesellschaftliche Aktivisten und Modelle. Manchmal gehen die Rollen ineinander über. Pomerantsev beschreibt eine Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren gilt. Kontakte sind wichtig, die Wahrheit ist unwichtig. Alle Nachrichten sind irgendwie manipuliert.

Pomerantsev stellt klar, dass das Regime gar nicht darauf abzielt, dass alle seine Propaganda glauben. Der entscheidende Punkt ist, dass es sehr mächtig sein muss. Wenn es sich mit permanenten Lügen behaupten kann, muss es die Macht haben, zu entscheiden, was stimmt und was nicht. Ein Fazit ist, dass, wenn niemand vertrauenswürdig ist, wohl hinter allem eine dunkle Hand stecken muss.

Eine bezeichnende Episode behandelt das Schicksal von Yana Yakovleva, einer Unternehmerin, die eines Tages verhaftet und des Drogenhandels bezichtigt wurde. Die Anklage war absurd, aber ihr Prozess dauerte lange und sie blieb in Haft. Der Hintergrund war ein Streit im Geheimdienst: Ein Spitzenmann wollte mit ihrer Verurteilung ein Exempel statuieren, was aber den Interessen eines Konkurrenten widersprach. Weil Letztere den besseren Draht zum Präsidenten hatte, kam sie am Ende frei. Ihre Geschichte belegt, dass niemand sicher ist. Wer heute Schutz genießt, kann morgen in Ungnade fallen.

Das letzte Kapitel beschreibt, wie Patriotismus zunehmend aggressiv artikuliert wird. Die Regierung verspricht neue nationale Größe und schafft ein Klima der Paranoia. Gewalt gilt als normal, und wer widerspricht, wird schnell zum Feind erklärt.

Im Vorwort der britischen Auflage von 2017 warnt Pomerantsev, Russland könne paradigmatisch sein. Ihn beunruhigt, dass ein „Reality-show-star“ US-Präsident wurde und „Politik mit Unterhaltung ersetzt“.

GRUNDLAGEN DES JOURNALISMUS

Wenn die Medien in den USA besser gearbeitet hätten, wäre die Lage vielleicht weniger bedrohlich. Donald Trump hat von dem

profitiert, was heute „falsche Äquivalenz“ genannt wird: Amerikanische Journalisten neigen dazu, in einer politischen Kontroverse, „beiden Seiten“ gleichen Raum zu geben und Äquidistanz zu halten.

Das haben Bill Kovach und Tom Rosenstiel in ihrem Buch „The elements of journalism“ schon 2001 kritisiert. Sie betonen, die Aufgabe von Journalisten sei, Menschen durch Information das Leben in Freiheit und Demokratie zu ermöglichen. Ihre Leitthesen lauten:

1. Wahrheit ist die vorrangige Pflicht des Journalismus.
2. Loyalität gebührt vor allem den Bürgern.
3. Verifikation ist essenziell wichtig.
4. Medienprofis müssen unabhängig von denen bleiben, über die sie berichten.
5. Journalismus muss denen auf die Finger schauen, die Macht ausüben.
6. Er muss ein Forum für öffentliche Kritik und Kompromissfindung bieten.
7. Journalisten sollen Wichtiges interessant darstellen.
8. Nachrichten müssen ihrer Relevanz entsprechend vollständig sein.
9. Journalisten müssen auf ihr Gewissen hören.
10. Bürger haben, was Nachrichten angeht, Rechte und Pflichten.

Worauf sich diese Thesen stützen und was aus ihnen folgt, wird Kapitel für Kapitel herausgearbeitet. Medienschaffende, die ihrer Verantwortung gerecht werden wollen, sollten das Buch ernst nehmen. Es ist heute vielleicht noch wichtiger als beim Ersterscheinungstermin 2001. Desinformation hat weltweit zugenommen – zu Gunsten skrupelloser Politiker.

QUELLEN

- High-Level Expert Group, 2018: A multi-dimensional approach to disinformation. <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/final-report-high-level-expert-group-fake-news-and-online-disinformation>
- Kovach, B., and Rosenstiel, T., 2001, 2007: The elements of journalism. What newspeople should know and the public should expect. New York: Three Rivers Press.
- Pomerantsev, P., 2015, 2017: Nothing is true and everything is possible. London: Faber and Faber. Deutsche Ausgabe 2015: Nichts ist wahr und alles ist möglich. München: Deutsche Verlagsanstalt.



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Tweets 11,7 Tsd. Folge ich 2.086 Follower 4.782 Gefällt mir 183 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

3.442 Fotos und Videos



BLOG

D+C/E+Z

Tweets Tweets & Antworten Medien



Editorial office D+C @forumdc · 34 Min.

Brief introduction to CHAI – the Catholic Health Association of India ow.ly/ZPC30k9Su #humanitarian #aid #disaster #relief #NGO



Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren



ODI @ODIdev



Devex @devex

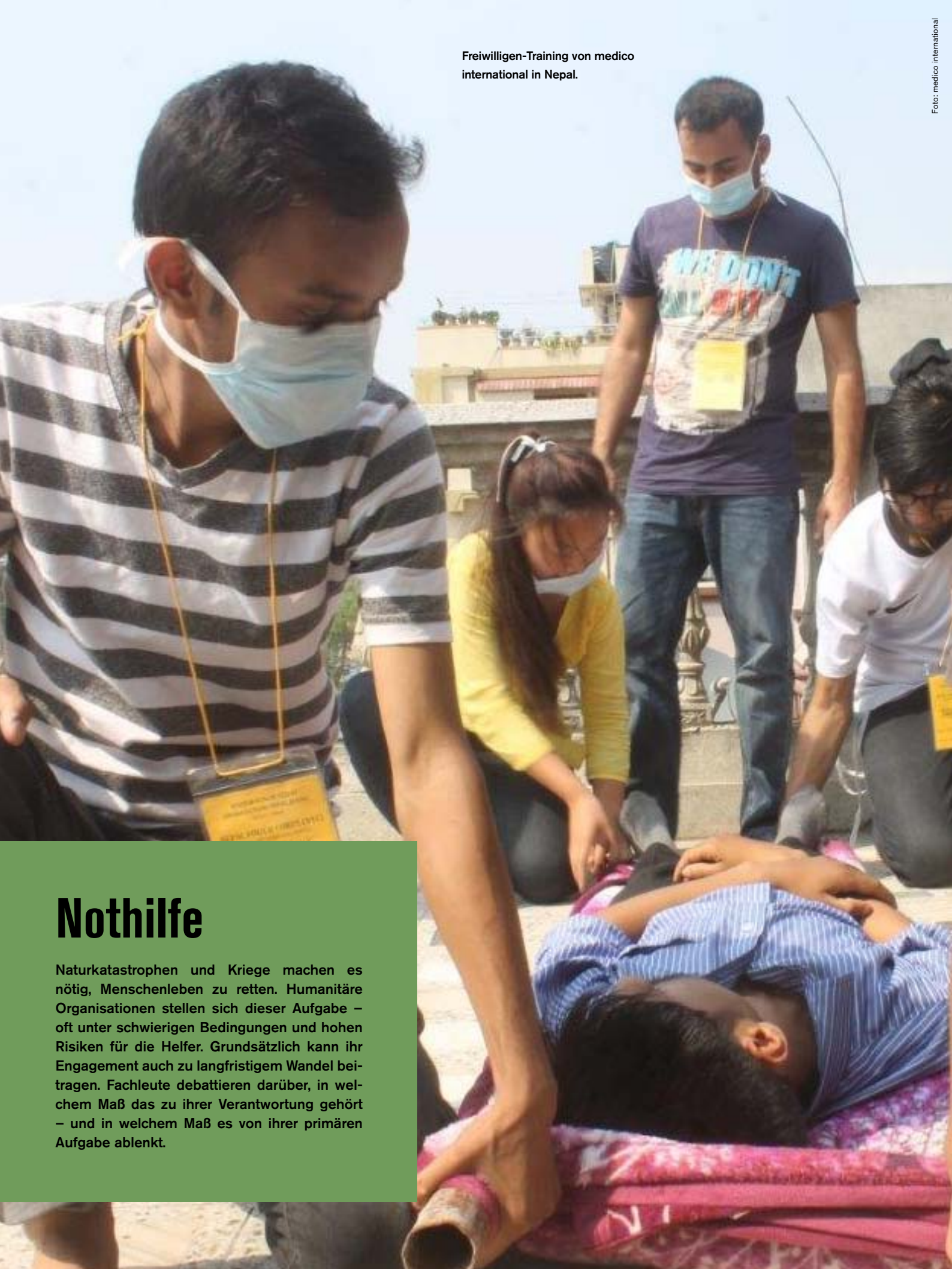


Africa Renewal, UN @africanrenewal



Nothilfe

Naturkatastrophen und Kriege machen es nötig, Menschenleben zu retten. Humanitäre Organisationen stellen sich dieser Aufgabe – oft unter schwierigen Bedingungen und hohen Risiken für die Helfer. Grundsätzlich kann ihr Engagement auch zu langfristigem Wandel beitragen. Fachleute debattieren darüber, in welchem Maß das zu ihrer Verantwortung gehört – und in welchem Maß es von ihrer primären Aufgabe ablenkt.



„Ich brenne für den humanitären Teil meiner Arbeit“

Philip Aruna arbeitet seit 1996 für die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (Médecins sans Frontières – MSF). Er war in seinem Heimatland Sierra Leone und in vielen anderen Ländern im Einsatz. Nothilfe beinhaltet viele Risiken für die Helfer, wie Aruna aus eigener Erfahrung weiß.

Philip Aruna im Interview mit Katja Dombrowski

Sie waren für MSF in vielen Krisengebieten im Einsatz. Ist die Arbeit gefährlich?

Oh ja! Ich habe 1996 bei MSF angefangen, als in Sierra Leone Bürgerkrieg herrschte. Wir sind oft ins Kreuzfeuer geraten. Ich selbst wurde mehrmals direkt angegriffen und musste mich verstecken, um nicht getötet zu werden. Meine Stelle als Landeskoordinator in Afghanistan im Jahr 2015 war auch eine große Herausforderung. Und im Somali-Gebiet in Äthiopien gab es immer wieder Entführungsversuche an der Grenze zu Somalia. Manchmal wurden wir stundenlang an Checkpoints festgehalten, ohne zu wissen, weshalb und was man mit uns vorhatte. Die Situation 2013 im Südsudan nach der politischen Krise zwischen Präsident Salva Kiir und seinem Stellvertreter Riek Machar war ebenfalls sehr brenzlich. Die Gefahren sind also Teil des Jobs.

Wie gehen Sie mit diesen Erfahrungen um?

In der Situation selbst nimmt man die Gefahr gar nicht direkt wahr. Das passiert erst hinterher. Manchmal muss man den Ort verlassen, um damit klarzukommen. MSF arbeitet mit verschiedenen Mechanismen. Zunächst gibt es das Training vor dem Einsatz. Dort lernen wir, wie wir uns in möglichen Gefahrensituationen wie Beschuss, Entführung et cetera zu verhalten haben. Das ist enorm wichtig, denn das Falsche zu tun kann lebensgefährlich sein. Nach jedem gefährlichen Vorfall ziehen wir die betroffenen Mitarbeiter ab. Sie werden psychologisch betreut und haben immer mehrere Möglichkeiten. Manche Mitarbeiter werden

evakuiert, andere erhalten eine Behandlung – zum Beispiel in der Zentrale –, wieder andere brauchen einfach etwas Zeit und Ruhe. Wer sich im Projekt nicht mehr wohlfühlt, kann auf jeden Fall nach Hause zurückkehren.

Hilfsorganisationen ergreifen grundsätzlich keine Partei, sondern verfolgen das Ziel, notleidenden Menschen zu helfen. Gelingt es Ihnen, immer als neutral angesehen zu werden?

Die Nothilfe-Landschaft wird immer unübersichtlicher. Heutzutage geben sogar Täter vor, humanitäre Helfer zu sein. Zugang zu Krisenregionen erhält man über verschiedene Wege, etwa über die Regierung oder örtliche Verwaltung, durch bewaffnete Gruppen oder normale Anwohner. Manchmal sind die Behörden vor Ort selbst in einen Konflikt verwickelt und wollen dich als Verbündeten präsentieren. Deshalb versuchen wir immer, unser Mandat klar zu kommunizieren. Manchmal ist das sehr schwierig, vor allem in Zeiten von sozialen Medien. Die Menschen tendieren dazu, uns als parteiisch zu sehen. Das war früher nicht so.

Was tun Sie denn dafür, als neutral wahrgenommen werden?

Das ist ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess mit allen am Konflikt Beteiligten, mit allen, die in unsere Arbeit involviert sind, und mit allen Interessenvertretern. Wir sagen ihnen, warum wir hier sind, was wir tun und weshalb. Medizinische Intervention richtet sich nach medizinischen Bedürfnissen. Sie ist nicht politisch gesteuert, und wir wollen mit keiner Gruppe in Verbindung gebracht werden, die am Konflikt beteiligt ist. Jeder soll wissen, dass MSF neutral und unabhängig ist. Wir tun wirklich alles, um diesem Mandat gerecht zu werden.

Wir haben über politische Dimensionen und Gewalt gesprochen – aber wie sieht es mit gesundheitlichen Risiken für Nothelfer aus? Wie groß sind diese?

Damit sind wir ständig konfrontiert. Es besteht immer die Gefahr, mit tödlichen Krankheiten wie Ebola oder Lassafieber in Berührung zu kommen. Malaria ist vielerorts verbreitet, so dass man dieser Krankheit häufig ausgesetzt ist. Manche Mitarbeiter müssen aufgrund einer Infektion nach Hause geschickt werden. Wir tun jedoch so viel, wie wir können für die Prävention. Dazu gehört, die Gesundheitssituation an den Orten, an denen wir arbeiten, zu kennen. Aber es ist nicht immer leicht. Die Menschen sind mobil, und eine ansteckende Krankheit kann schnell irgendwo auftauchen, wo sie vorher nicht war. Für dieses Szenario ist ein ständiges Monitoring nötig.

Es scheint, als müssten Ihre Mitarbeiter auf eine ganze Reihe von Gefahren gefasst sein. Wissen Sie von Fällen, in denen jemand den Job bei MSF aufgrund schlechter Erfahrungen aufgeben hat?

Ja, natürlich. 2013 wurden zum Beispiel zwei MSF-Mitarbeiterinnen in Kenia entführt und 21 Monate lang in Somalia festgehalten. Nach ihrer Entlassung hatten sie einfach genug. Wir führen oft solche Diskussionen: Können wir weitermachen oder nicht? Ich selbst hatte einen Freund, der in Somalia erschossen wurde. Mir würde es sehr schwerfallen, dort wieder zu arbeiten. Ich sage nicht, dass ich es auf keinen Fall tun würde. Aber es wäre definitiv nicht meine erste Wahl. Nicht wegen der Gefahr. Sondern weil der Mord an meinem Freund mich niemals loslassen würde. Er würde stets zu mir zurückkommen, wie ein Reflex.

Was ist Ihre persönliche Motivation dafür, weiterhin in gefährlichen Gegenden zu arbeiten, um anderen Menschen zu helfen?

Das ist eine gute Frage. Wenn ich nach einem gefährlichen Einsatz nach Hause komme, ist meine erste Reaktion: „Ich muss damit aufhören!“ Aber dann denke ich daran, dass meine Arbeit sehr nützlich ist, dass ich Menschenleben rette. Ich habe in sehr jungen Jahren bei MSF angefangen. Ich habe viele schlimme Situationen erlebt. Aber wissen Sie, wir leisten lebensrettende Arbeit direkt vor Ort, und ich bin Teil davon. Das ist eine große Belohnung. Die Menschen sagen mir „danke, dass du hier bist, danke, dass du uns hilfst“. Das ist meine Motivation. Ich brenne für den humanitären Teil meiner Arbeit.

Nach Einsätzen für MSF in vielen verschiedenen Ländern sind Sie nun Landeskoordinator in Nigeria. Was machen Sie dort?

Wir sind seit zehn Jahren im Nordwesten Nigerias aktiv. Wir intervenieren zum Beispiel, wenn Krankheiten wie Masern, Meningitis oder Cholera ausbrechen. Im Bundesstaat Sokoto unterstützen wir ein öffentliches Krankenhaus für Noma-Patienten. Noma ist eine Krankheit, die das Gesicht extrem entstellt. Viermal im Jahr führen ausländische Ärzte dort im Auftrag von MSF Operationen durch. Außerdem unterstützen wir das Gesundheitsministerium bei der Aufklärungsarbeit für diese Krankheit. In einem Krankenhaus im Bundesstaat Zafara betreiben wir eine Kinderstation. In einem anderen Projekt kümmern wir uns um Bleivergiftungen, die durch sehr primitive Abbauprozesse in den Bundesstaaten Zamfara und Niger auftreten. In Zentralnigeria, wo Landkonflikte häufig zu Vertreibungen führen, sind wir ebenfalls aktiv. Und wir unterstützen fünf Flüchtlingslager für Binnenflüchtlinge im Bundesstaat Benue. Wegen des Konflikts in Kamerun kommen von dort auch Flüchtlinge. Und dann gibt es noch die irreguläre Migration von Nigeria nach Europa. Die meisten dieser Menschen stammen aus dem Bundesstaat Edo, und wir versu-

chen nun die Gründe zu ermitteln, weshalb sie von dort weggehen und was ihnen fehlt. MSF besteht übrigens aus verschiedenen Sektionen, und unser Programm in Nigeria untersteht dem operationalen Zentrum Amsterdam, das medizinische Nothilfe in mehr als 60 Ländern leistet.

Das klingt nach sehr vielen Projekten in Nigeria. Wie groß ist denn das Team?

Die Anzahl der Mitarbeiter schwankt. Im Moment arbeiten rund 300 nigerianische und 35 ausländische Mitarbeiter in unserem Team.

Wird Ihre Arbeit vor Ort positiv wahrgenommen?

Man muss zwischen den verschiedenen Beteiligten unterscheiden. Die direkte Zielgruppe ist sehr dankbar für unsere Arbeit. Die Bedürfnisse sind enorm groß, und wir sind mehr oder weniger die Einzigen in bestimmten Gegenden, die die Kapazitäten haben, um sich um die Gesundheitsprobleme der Menschen zu kümmern. Die Behörden erkennen unsere Arbeit in der Regel ebenfalls an. Aber immer, wenn es Veränderungen in den Projekten gibt, müssen wir alle Beteiligten informieren. Kommunikation ist sehr wichtig, aber nicht immer ein-

fach. Deshalb kann es da schon mal Defizite geben.

Beeinträchtigt der Terrorismus von Boko Haram Ihre Projekte in Nordnigeria?

Im Nordwesten ist Terrorismus kein Thema. Aber 2016 und 2017 waren wir auch im Nordosten aktiv, und da gab es eine Menge Terroraktivitäten, unter denen die Bevölkerung gelitten hat. Die Armee hat die Menschen in einer Art Enklave untergebracht, in der sie für ihren Schutz gesorgt hat. Not Helfer durften ausschließlich dort arbeiten. Außerhalb musste man ständig mit Landminen oder Überfällen rechnen. Wir haben uns von dort zurückgezogen – aber nicht wegen der Gefahren, sondern weil sehr viele Akteure in der Region aktiv sind. Deshalb haben wir beschlossen, unsere Projekte anderen Organisationen wie International Medical Corps und Oxfam zu übergeben.



PHILIP ARUNA
ist Landeskoordinator von
Ärzte ohne Grenzen
(Médecins sans Frontières –
MSF) in Nigeria.

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/unsere-arbeit/einsatzlaender/nigeria>



MSF-Ärzte operieren ein sechsjähriges Kind, dessen Gesicht von der Krankheit Noma entstellt wurde, im Krankenhaus im Bundesstaat Sokoto in Nordwest-Nigeria.

Die Nexus-Gefahr

Der humanitäre Diskurs entfernt sich immer weiter von der Realität. Die Verzahnung von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden funktioniert nicht. Wichtiger ist, dass sich humanitäre Hilfe auf ihr ursprüngliches Ziel, Leben zu retten, konzentriert.

Von Sid Johann Peruvemba

Über 80 Prozent der humanitären Hilfe findet in Kriegen und Konflikten statt. In diesen gibt es von fast allem zu viel. Das macht die Sache politisch kompliziert. Zu viele beteiligte Parteien, zu viel Konflikt Dynamik und zu viel externe Einmischung. Ein Beispiel ist Syrien: Nach über sieben Jahren hat das Assad-Regime den Krieg militärisch dank russischer und iranischer Unterstützung so gut wie gewonnen. Das Resultat ist allerdings keine politische Lösung des Konfliktes, sondern eine Friedhofsruhe und andauernde humanitäre Not. Ähnlich komplexe Situationen finden sich in einer Reihe

von anderen Ländern, zum Beispiel im Jemen, im Südsudan oder in der Demokratischen Republik Kongo.

Aus humanitärer Perspektive ist die Lagebewertung einfacher: Zu viele Menschen sterben, zu viele sind unterversorgt. Die Frage, wie Hilfe besser gestaltet werden kann, gehört daher zur humanitären Routine. Der Humanitäre Weltgipfel von 2016 hatte verschiedene Antworten parat. Eine davon lautete: eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklung und Frieden – kurz „Nexus“. Das klingt in der Kürze gut, sollte humanitäre Akteure aber misstrauisch machen.

HUMANITÄRE HILFE – WAS IST DAS EIGENTLICH NOCH?

Humanitäre Hilfe war noch bis Ende des 20. Jahrhunderts von einer Logik der Wohltätigkeit und des Gebens geprägt. Konfes-

sionsübergreifende Barmherzigkeit war ein Leitmotiv. Hilfsprogramme bekämpften die Symptome, nicht die Ursachen. Sie retteten Leben. Nicht mehr und nicht weniger.

Anfang des 21. Jahrhunderts änderte sich dann die Mitgeföhlslogik. Nicht nur aus Frustration über immer wiederkehrende Hilfe und die zwanzigfache Aneinanderreihung von den gleichen Ein-Jahres-Projekten in den gleichen Ländern, sondern auch aus einem neuen Verständnis heraus. Humanitäre Hilfe sollte fortan rechtsbasierter sein; aus „Opfern“ wurden „Rechteinhaber“. Die humanitäre Hilfe musste sich nun mit zusätzlichen Themen wie Stärkung von lokalen Gruppen, Durchsetzung von Rechten und einer allgemeinen Solidaritätsagenda beschäftigen. Der Anspruch an die Wirksamkeit von Hilfe war inzwischen so groß, dass er nicht mehr allein durch das Mandat der humanitären Hilfe zu erfüllen gewesen wäre. Der seit Ende der 1980er Jahre diskutierte LRRD-Ansatz (Linking Relief, Rehabilitation and Development) gewann so neue Fahrt. Dieser propagierte – wie der Nexus – die Verknüpfung von kurzfristiger Soforthilfe mit langfristig angelegten Entwicklungsmaßnahmen.



Malteser International unterstützt Gesundheitsstationen in Flüchtlingscamps für Rohingya in Cox's Bazar, Bangladesch.

Dass dabei humanitäre Prinzipien wie Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität Risse bekamen, war sozusagen der Kollateralschaden des LRRD-Ansatzes. Denn viele dieser Zusatzagenden, denen sich die humanitäre Hilfe bemächtigte, vertrugen sich nicht mit der Grundidee der humanitären Hilfe, die systemverändernde Aktionen bewusst außer Acht ließ. So bekamen mittelfristige Betrachtungen die Oberhand über das eigentliche Primat rascher, lebensrettender Maßnahmen.

Zeitlich parallel dazu geriet die humanitäre Hilfe immer stärker unter einen Rechtfertigungszwang. Aus einer Vertrauenskultur wurde eine Kontrollkultur, die zusätzliche Komplexität zur Folge hatte und dass Hilfe tendenziell da stattfindet, wo sie „einfach“ ist.

ZU VIEL KOMPLEXITÄT

Der Humanitäre Weltgipfel fand 2016 unter dem Eindruck vieler Katastrophen statt, bei denen politische Lösungen in weiter Ferne lagen. Die Debatte um die Verbindung von humanitärer Hilfe und Entwicklungsarbeit entfachte sich nicht nur neu, sondern sie wurde auch noch um den Begriff „Frieden“ erweitert. Aus einem Doppel-Nexus wurde so ein Dreifach-Nexus. Dem Silodenken und -handeln der verschiedenen Akteure sollte ein Konzept entgegengesetzt werden, das Not schneller beendet, statt ständig neue Hilfszyklen aufzulegen. Besonders im Fokus standen fragile Staaten und Konfliktländer.

Die Logik ist wie folgt: Entwicklung fördert Frieden, und humanitäre Hilfe kann Entwicklung befördern. Folglich sollen Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensarbeit eng verzahnt sein und Synergien maximiert werden. Geber und multilaterale Organisationen sollen sich verpflichten, effektive Abstimmungsmechanismen einzuführen sowie neue Wege der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren zu etablieren.

Theoretisch sieht dieses Heilsversprechen auf den ersten Blick gut aus. Doch es gibt aus der humanitären Praxis drei wesentliche Gründe, skeptisch zu sein:

- Erstens: Wenn sich die Prinzipien schon kaum mit dem LRRD-Ansatz vertragen, wie soll dann ihre halbwegs glaubhafte Wahrung im Dreifach-Nexus stattfinden? Denjenigen, die im Machtbesitz sind, muss glaubhaft versichert werden können, dass

es den humanitären Akteuren nur um die Rettung von Menschenleben geht und um nichts anderes. Der wichtigste Zugangscode zu Menschen in Not lautet Vertrauen. Misstrauen kommt dagegen auf, wenn die humanitäre Hilfe gleichzeitig mit Ursachenbekämpfung, der Stärkung nationaler Strukturen, der Friedensförderung und einer Sicherheitsagenda in enge Verbindung gebracht wird. Sprich: Der Nexus beraubt die humanitäre Hilfe um ihre Alleinstellungsmerkmale. Das Neutralitätsprinzip zum Beispiel kann nicht funktionieren, wenn gleichzeitig an Entwicklung und Frieden gedacht werden muss. Nicht ohne Grund hat sich die humanitäre Hilfe in klarer Abgrenzung zu anderen Handlungsfeldern definiert.

- Zweitens: Das „Alles-hat-mit-allem-zu-tun-Denken“ hat in der Praxis eine fatale Lenkungswirkung für die humanitäre Hilfe. Am Ende entscheidet nicht mehr die Not allein über den Start von Hilfsmaßnahmen, sondern die Perspektive, dass Maßnahmen in eine größere Agenda eingebettet werden können. Statt schnelle Hilfe zu planen, wird erst einmal analysiert, koordiniert – und am Ende prokrastiniert, weil man nicht drei Dinge auf einmal tun kann. Schnelle Hilfe ist auch eine Frage des ökonomischen Anreizsystems. Die meisten humanitären Organisationen brauchen nicht nur Spenden, sondern auch Gebermittel, um ihr eigenes Überleben zu sichern. Das funktioniert mit langfristigen, multidimensionalen Maßnahmen am besten. Wenn die humanitären Geber nun allzu einverstanden auf den Nexus-Zug aufspringen, wird diese Logik weiter bedient, statt Anreize für schnelle, kurzfristige Hilfe zu schaffen. Die humanitäre Hilfe sollte sich daran messen lassen, wie sie Menschen rettet, nicht daran, wie viele Nebengeschäfte sie bedient. Entwicklungsvokabularien wie Impact, Evaluation, Monitoring, Cross-Cutting, Resilience, Output, Outcome und andere lenken von der eigentlichen Aktion zunehmend ab und bleiben Kopfgeburten, wenn Hilfe erst gar nicht stattfindet, weil sie zu kompliziert geworden ist.

- Drittens: Der rasante finanzielle wie inhaltliche Aufwuchs der humanitären Hilfe in der vergangenen Dekade zeigt vor allen Dingen eins, nämlich die Abwesenheit politisch-diplomatischer Lösungen für Krisen und Konflikte. Jedem „Erfolg“ der humanitären Hilfe liegt ein Misserfolg der Politik

zugrunde. Die Gefahr ist, dass der Nexus als großer „Reparaturbetrieb“ mangelnde politische und diplomatische Durchsetzungsfähigkeit weiter kaschiert.

Was also tun? Der Gedanke, statt ständig neuer Hilfszyklen Not zu beenden und sie am besten erst gar nicht entstehen zu lassen, ist vollkommen richtig. Ebenso richtig ist, dass humanitäre Hilfe nicht in einem Vakuum stattfindet und nicht blind gegenüber ihren positiven wie negativen Wirkungen sein darf. Auch Ethik und Moral gebieten uns, dass wir für das langfristige Gesamtwohl der Menschen Sorge tragen müssen.

Doch leider entfernt sich die Diskussion um den Nexus immer weiter von den humanitären Realitäten, für die die oben genannten Krisen exemplarisch stehen. Gerade dort muss Hilfe schnell und unbelastet von großen, konzeptionellen Nexus-Aspirationen geleistet werden. Sie wird es aber oft nicht. In schwierigen Situationen muss Komplexität reduziert werden, nicht erhöht. Die humanitäre Hilfe in ihrer Urform macht dafür ein bestechendes Angebot. Sie konzentriert sich auf nichts anderes als auf die Linderung von Leid und das Retten von Menschenleben. Politische Abstinenz bei der Planung, Durchführung und Bereitstellung von Hilfe bewahrt sie davor, Teil der politischen Agenda von kriegsteilnehmenden Gruppen zu werden und sich von politischen Interessen leiten zu lassen statt von der Not der Menschen auf beiden Seiten eines Konflikts.

Daher würde eine Rückbesinnung auf die ursprüngliche Geisteshaltung der humanitären Hilfe vielen Menschen in akuter Not mehr bringen als die Nexus-Debatten an den Konferenztischen in New York, Genf und Brüssel. Es spricht nichts dagegen, das Zusammenwirken von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Frieden dort, wo es möglich ist, sinnvoll und planerisch zu gestalten, und zwar mit erhöhtem politisch-diplomatischen Aufwand. Die Priorität der humanitären Hilfe muss aber eine andere sein: nämlich die, Leben zu retten – und sei es aus bloßer Barmherzigkeit.



SID JOHANN PERUVEMBA
ist Vize-Generalsekretär und
Programmdirektor von
Malteser International.

sid.peruvemba@malteser-international.org

Verletzlichkeit reduzieren, Resilienz stärken

Die UN stellen humanitäre Hilfe in den Kontext langfristiger Entwicklung. Krisenfolgen sollten so nah wie möglich an ihrem Ursprungsort angegangen werden. Mark Lowcock, der Nothilfekoordinator der UN und Chef des UN Amtes für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – UN OCHA), erläutert im E+Z/D+C-Interview seine Position.

Mark Lowcock im Interview mit
Hans Dembowski

Wie verhält sich Nothilfe zu langfristiger Entwicklung?

Nothilfe soll in Krisensituationen Menschenleben retten – etwa in Syrien, dem Jemen oder der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo). Sie kann die Probleme dort aber nicht lösen, denn das erfordert politische Prozesse, Frieden und Stabilität, also Entwicklung. Früher rangen um die 100 Länder mit existenziellen Krisen, aber viele haben sich weiter entwickelt und sind heute weit weniger verwundbar. Chronische Krisen plagen aber immer noch etwa 30 Länder. Je besser sie sich entwickeln, desto besser kommen sie mit kurzfristigen Schocks zurecht, ohne große internationale Unterstützung zu brauchen. Daraus folgt, dass humanitäre Organisationen eine Pflicht haben, nicht nur Menschen zu retten, sondern das auf eine Weise zu tun, die langfristige Entwicklung fördert.

Bitte nennen Sie ein Beispiel.

Nehmen wir Somalia. Wir wissen, dass das Dürreerisiko dort hoch ist und der Klimawandel es weiter steigert. Statt auf jede Dürre einzeln zu reagieren, wäre es besser, Notversorgungssysteme zu haben, die je nach Bedarf hoch- oder runtergefahren werden können. In einem Land wie Äthiopien ist es klüger, das Wasserressourcen-Management zu verbessern, als in Krisenzeiten Tanklaster loszuschicken.

Es geht also um eine Art positives Feedback? Entwicklung schafft bessere Institutionen und stärkere Resilienz, was die Wahrscheinlichkeit von Gewaltkonflikten reduziert, was wiederum weitere Entwicklung möglich macht?

Je erfolgreicher Entwicklung gelingt, desto weniger Probleme bekomme wir. Wir wollen die Zahl der Länder, die humanitäre Hilfe brauchen, senken. Das ist ein Kernthema der UN-Reform, die Generalsekretär António Guterres vorantreibt. Wir tun unser Bestes, um das auf dem Feld der Nothilfe zu unterstützen. Je stärker Regierungen ihre Politik darauf ausrichten, örtliche Gemeinschaften mit Vorbeugung stark und weniger verletzlich zu machen, desto weniger Hilfe werden ihre Länder brauchen.

Gibt es Zielkonflikte zwischen Leben retten und langfristiger Entwicklung?

Es muss keine geben, aber es kann welche geben. Die Konzepte humanitärer Organisationen sollten immer Win-win-Ergebnisse anstreben und Spannungen vermeiden. Wichtig ist beispielsweise, örtliche Institutionen und Gemeinschaften nicht zu übergehen, denn sie sind dauerhaft wichtig.

Unmittelbar nach einer Katastrophe ist die Lage meist chaotisch. Behörden fallen aus, die Zivilgesellschaft ist schwach, und internationale Nothilfeorganisationen kommen gerade erst an. Wer muss für Koordination sorgen?

Ich denke, alle Seiten müssen Verantwortung übernehmen und in Gesamtzusammenhängen denken. Was die internationale Gemeinschaft angeht, sehe ich für mein Amt eine wichtige Führungsrolle beim Bemühen um Koordination.

Humanitäre Hilfe soll unparteiisch sein, aber Organisationen wird zunehmend vorgeworfen, sie seien das nicht. Was ist der beste Umgang damit?

Ich weiß von keinen Nothelfern, die sich in Katastrophensituationen auf eine Seite

geschlagen hätten. Der Auftrag lautet, Menschen in Not zu helfen und dabei unparteiisch, neutral und unabhängig zu bleiben. Die Grundsätze unserer Arbeit sind klar und wurden von den UN vor 25 und mehr Jahren festgelegt. Dank dieser Grundsätze bekommen wir überhaupt Zugang zu Orten, wo wir gebraucht werden. Wir müssen aber bedenken, dass Nothilfe in Katastrophengebieten ökonomisch große Bedeutung hat, und im Auge behalten, wer in der Volkswirtschaft von unserer Arbeit profitiert. Speditionsfirmen können beispielsweise mit dem Transport von Hilfsgütern viel Geld verdienen, und das kann Unmut wecken. Es hat gelegentlich Terroranschläge auf humanitäre Helfer gegeben, und das zeigt, dass es wichtig ist, mit allen Konfliktparteien zu kommunizieren. Es ist sinnvoll, sich streng an die Grundsätze zu halten und diese immer wieder zu erklären. So maximieren wir langfristig unsere Akzeptanz.

Manche Katastrophen bekommen mehr Aufmerksamkeit als andere. Syrien macht beispielsweise mehr Schlagzeilen als die DR Kongo. Gibt es vergessene humanitäre Krisen?

Die internationale Medienberichterstattung ist in der Tat selektiv. Syrien wird aufmerksam beobachtet, und eine Zeitlang galt das auch für die Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch. Die DR Kongo bekommt weniger Aufmerksamkeit, aber den meisten ist trotzdem klar, dass es dort große Probleme gibt. Bei einer Konferenz in Genf konnten wir kürzlich 530 Millionen Dollar für unser humanitäres Landesprogramm dort mobilisieren. Andere Länder bekommen noch weniger Aufmerksamkeit – die Zentralafrikanische Republik zum Beispiel. Die Not dort ist gewaltig, und der Bevölkerungsanteil der Betroffenen ist sehr groß. Zu den Aufgaben von UN OCHA gehört, solche Herausforderungen zu analysieren und international zu vermitteln, was los ist. Wir veröffentlichen jedes Jahr einen Überblick, der die bekannten und die weniger bekannten Krisen umfasst. Der aktuelle Bericht ist im Dezember erschienen, und ihm zufolge werden in diesem Jahr rund 130 Millionen Menschen in 30 Ländern Nothilfe brauchen. UN OCHA will davon 90 Millionen erreichen und dafür 25 Milliarden Dollar mobilisieren. Davon wurde uns bisher ein knappes Drittel zugesagt. Darüber hinaus müssen wir uns auf eine andere Art von plötzlichen

Desastern einstellen. Es geht beispielsweise um die Hurrikane, die im vorigen Jahr Karibikinseln verwüstet haben. Im Februar verursachte nun im pazifischen Inselstaat Tonga der schlimmste Zyklon seit 60 Jahren großes Leid.

Hängt es von geostrategischen Aspekten ab, ob eine Krise wahrgenommen oder vergessen wird?

In gewissem Maß ist das sicherlich so. Zum Beispiel hat die Weltpresse kürzlich recht heftig auf den mutmaßlichen Einsatz von Giftgas durch die syrische Regie-

rung reagiert. Es gibt aber noch andere Faktoren. Besonders wichtig ist, ob Menschen fliehen, denn das betrifft schnell auch die Innenpolitik anderswo, in Europa etwa.

Eine große Sorge der Regierungen reicher Länder ist, dass Flüchtlinge an ihren Grenzen ankommen könnten. Wirkt sich das auf humanitäre Hilfe aus?

Lassen Sie mich zuerst sagen, dass manche Regierungen ausgesprochen großzügig Flüchtlinge aufgenommen haben. Richtig ist aber auch, dass wir in den vergangenen

Jahren gelernt haben, dass es besser, billiger und nachhaltiger ist, Krisenwirkungen möglichst nah an ihrem Ursprungsort anzugehen. Wir wollen nicht, dass die Dinge außer Kontrolle geraten und dann Wirkungen anderswo verstärkt spürbar werden. Tatsächlich stellen uns Regierungen mehr Geld als früher zur Verfügung. 2017 sagte die Staatengemeinschaft uns 14 Milliarden Dollar zu. Zum Vergleich: 2005 waren es nur 4 Milliarden Dollar. Natürlich spielt dafür der neue Konflikt im Nahen Osten eine Rolle, aber der Wunsch, Krisen nah an der Wurzel anzugehen, ist auch relevant.

Das Ansehen humanitärer Organisationen hat im Februar unter dem Sexskandal von Oxfam stark gelitten. Humanitäre Helfer hatten in Haiti illegalerweise Prostituierte in Anspruch genommen und sogar Minderjährige missbraucht. Hat das Folgen oder wird es vergessen werden?

In Großorganisationen ist sexueller Missbrauch ein weitverbreitetes Problem. Wie Hollywood, die katholische Kirche, verschiedene nationale Parlamente oder die BBC betrifft es auch Hilfsorganisationen. Auch in den UN ist das ein großes Thema. Wir müssen unser Versprechen der Null-Toleranz erfüllen. Es darf keine Straflosigkeit geben, und alle Mitarbeiter müssen unsere Werte kennen. Es muss einen guten Beschwerdeweg geben, auf Beschwerden müssen Ermittlungen folgen, und Übergriffe müssen angemessen bestraft werden. Andere Hilfsorganisationen müssen ebenso handeln. Zum Oxfam-Skandal trug ja bei, dass Täter, die in einer Organisation aufgefallen waren, trotz ihrer Übergriffe leicht neue Jobs bei anderen Organisationen finden konnten.

LINK

Global Humanitarian Overview 2018:
<https://www.unocha.org/sites/unocha/files/GHO2018.PDF>



MARK LOWCOCK
 ist UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekordinator. Er leitet

das UN-Amt für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – UN OCHA) in New York.

<https://www.unocha.org/>



Titelseite des Global Humanitarian Overview 2018.

Helfen allein hilft nicht

Der Bedarf an humanitärer Hilfe übersteigt längst die vorhandenen finanziellen Mittel. Der Ausweg ist nicht noch mehr und vermeintlich effektivere Hilfe, sondern die konsequente Verwirklichung der Menschenrechte und damit die Überwindung der Hilfe selbst.

Von Hendrik Slusarenka

Schnelle Hilfe in der Not zu leisten, empfinden viele als ein Gebot von Menschlichkeit. Und Hilfe ist bitter nötig. Denken wir nur an die drohende Hungersnot in Ostafrika oder die verfolgten Rohingya, die im vergangenen Jahr mit nicht mehr als dem, was sie am Körper trugen, nach Bangladesch fliehen mussten.

Neben dem Gebot der Menschlichkeit ist auch die Rechtslage eindeutig: Die 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedete „Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rech-

te“ definiert, dass alle Menschen ein Recht auf soziale Sicherung, ein Leben frei von Hunger und auf den höchsten erreichbaren Gesundheitszustand haben. Dies gilt ebenso vor wie während und nach einer Katastrophe. Vom Anspruch auf Menschenrechte gibt es keine Pause.

Doch die Kluft zwischen dem weltweiten Bedarf an Hilfe und den dafür vorhandenen Ressourcen wächst unaufhörlich. UN OCHA, das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, setzt den Bedarf an humanitärer Hilfe für 2018 auf vorläufig 25 Milliarden US-Dollar fest (siehe Interview, S. 27). Gleichzeitig sind in diesem Jahr nochmals fünf Prozent mehr Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen als 2017. Bis Ende 2017 kamen übrigens von den damals geforderten 22,2 Milliarden US-Dollar nur ungefähr 13 Milliarden US-Dollar zusammen.

Die Erkenntnis, dass das humanitäre System an seine Grenzen stößt, hat auch die

Frage der Effizienz neu aufgeworfen. Wenn die Mittel nicht ausreichen, wie können sie dann so effizient eingesetzt werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen? Die Frage ist berechtigt, doch liegt ihr ein technischer Ansatz zugrunde, der behauptet, Hilfe und Kooperation seien messbar. Doch Mut, Kreativität und Solidarität sind schwer in Zahlen und Budgetlinien zu fassen.

HUMANITÄRE HILFE ALS GESCHÄFT

Zudem ist die humanitäre Hilfe mit dem Anspruch auf Effizienz längst zu einem Markt geworden. So werden zum Beispiel Banken und Mobilfunkanbieter zu gefragten Partnern, da sie über ihre Infrastruktur Dienstleistungen rund um Cash Transfers anbieten. Die Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission (ECHO) ist offen für Kooperationen mit Privatunternehmen, solange dies im besten Interesse der Hilfsempfänger ist. Dieser Nebensatz klingt zunächst vernünftig, doch werden Unternehmen, die keiner normativen Zielsetzung unterliegen, immer nur so lange ihre Unterstützung anbieten, wie sie Profite erzielen können. Eine Stärkung lokaler Akteure ist nicht einkalkuliert.

Das marktliberale Mantra von Eigenverantwortung und Effizienz findet über das Konzept der Resilienz massiv Einzug in die humanitäre Hilfe. Durch Resilienz sollen Individuen, aber auch Gruppen widerstandsfähiger gegenüber Katastrophen werden und Schocks schneller überwinden. Es spricht natürlich nichts dagegen, Vorkehrungen für eine möglicherweise eintretende Krise zu treffen, doch wird die Verantwortung für das eigene Wohlergehen durch diesen Ansatz tendenziell allein auf die Betroffenen geschoben, und Ursachen werden nicht angegangen. Sind Menschen erst mal fit gemacht, auch die nächste Katastrophe durchzustehen, kann die Frage nach grundlegendem Wandel vernachlässigt werden.

Dem stetig steigenden Bedarf an Hilfe kann damit nicht begegnet werden. Stattdessen müssen die Akteure die Ursachen für Verletzung angehen. Für medico international bedeutet dies, dass Helfen Teil eines politischen Handelns ist, mit dem Ziel, Unmündigkeit und Not langfristig zu überwinden. Dazu gehört es, genau die sozialen, politischen und kulturellen Umstände zu analysieren, in denen Hilfe nötig wird. Hilfe muss daher die Ursachen ihrer eigenen



Medico-Projektpartner schieben eine Hilfslieferung in Nepal an, um abgelegene Dörfer zu erreichen.

Notwendigkeit in den Blick nehmen und ebendiese bekämpfen. Dieser Grundgedanke, der für viele in der Entwicklungszusammenarbeit noch immer gilt und zu verteidigen ist, muss auch in der Nothilfe gelten.

Die Akteure müssen darauf achten, welche Wirkung Hilfe erzielt – gerade wenn, wie nach dem Erdbeben 2010 in Haiti, eine massive finanzielle und personelle Intervention folgt. Ein erster Schritt ist das Do-no-harm-Prinzip, also jeweils zu prüfen, ob Menschen durch die geleistete Nothilfe zusätzlich in Gefahr gebracht werden. Umfassender gedacht gilt es, Hilfe so zu gestalten, dass sie nicht dazu beiträgt, Machtbeziehungen und Abhängigkeiten wieder herzustellen oder zu festigen, die Hilfe erst nötig machten.

Wenn Hilfe nur kurzfristig die Fehler repariert, die durch gesellschaftliche Verhältnisse systematisch auftreten, schafft sie sich nur selbst eine Legitimation und praktischerweise zugleich ein neues Betätigungsfeld in der Zukunft: Nothilfe um der Nothilfe willen.

Die Arbeit von medico international und der Projektpartner hat jedoch den Anspruch, Hilfe gleichzeitig zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden. Diesen Ansatz fasst medico mit dem Begriff der „Kritischen Nothilfe“ zusammen. Dem liegt zugrunde, dass sowohl die lokalen Partner als auch medico sich politisch und gesellschaftlich verorten und Stellung beziehen. Ebenso

grundlegend ist der Bezug auf die Menschenrechte. Die Beziehung zwischen denen, die Hilfe leisten, und den Hilfeempfängern wird ständig überprüft. Dies gilt ebenso für medicos Beziehung zu den Partnerorganisationen wie auch deren direkte Beziehung zu den Menschen, die Hilfe benötigen.

LOKALE PARTNER STÄRKEN

Dieser Ansatz, der den Eigensinn der lokalen Partner nicht nur akzeptiert, sondern fördert und trotz real vorhandener (finanzieller) Abhängigkeiten um eine Kooperation auf Augenhöhe bemüht ist, bildet den Kern einer kritischen Nothilfe. Partneransatz bedeutet nicht Aufgabenteilung in Finanzierung und Implementierung, sondern vertrauensvoller Dialog, Diskussion, gegenseitiges Lernen und langfristige Kooperationen. Medico unterstützt eigenständige lokale Akteure, um diese zu stärken. Dies ist umso wichtiger, da die mediale Aufmerksamkeit nach einer Katastrophe schnell wieder abnimmt. Internationale Organisationen ziehen sich daraufhin aus der Region zurück, personell und finanziell. Lokale Organisationen aber bleiben vor Ort. Dazu gehören Gemeinden, Gewerkschaften, Menschenrechtsaktivisten, Gesundheitsinitiativen und Selbsthilfegruppen. Wir sehen den Partneransatz daher als Mittel zum Zweck,

eine solidarische Praxis zu entwickeln und gemeinsam zu gesellschaftlichem Wandel beizutragen.

Doch Ursachen lassen sich nicht immer bekämpfen. Gegen das Auftreten eines Erdbebens hilft keine Projektmaßnahme. Allerdings muss nicht aus jedem Erdbeben eine Katastrophe werden. Die Wohnverhältnisse, die Gesundheitsversorgung, soziale und ökonomische Absicherungen sind Faktoren, die beeinflussen, ob und für wen aus einem Naturereignis eine Katastrophe wird. Eine kritische Nothilfe versucht im Verbund mit lokalen Partnern nicht nur Hilfe zu leisten, sondern auch dafür zu streiten, dass sich die Lebensgrundlagen der Menschen dauerhaft verbessern.

Medico drängt mit dem Konzept darüber hinaus auf eine rechtliche Absicherung der Hilfe. Wo Hilfe notwendig wird, darf sie nicht am Maß der Barmherzigkeit oder des Mitgefühls gemessen werden, sondern muss eine verfasste gesellschaftliche Übereinkunft sein. Schlussendlich ist damit das Ende, die Überwindung der Hilfe, angedeutet – beyond aid.



HENDRIK SLUSARENKA
ist Projektkoordinator in der
Nothilfe bei medico
international.
slusarenka@medico.de

Kritische Nothilfe in Kenia und Nepal

Die kenianische medico-Partnerorganisation Kamukunji Paralegal Trust (KAPLET) leistet Nothilfe, die über den Moment hinausdenkt und auf die rechtliche Absicherung in der Not zielt. KAPLET führt seit Jahren Kampagnen für die Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Hungerkrisen durch. Auf dem Höhepunkt der Dürre in Ostafrika half KAPLET der Bevölkerung in abgelegenen Dörfern im Osten Kenias und verteilte dringend

benötigte Nahrungsmittel und Wasser. Sie unterstützt die Bevölkerung aber auch dabei, ihre demokratischen Rechte auszuüben und diese gegenüber dem kenianischen Staat einzufordern. Erick Otieno von KAPLET erklärt diesen doppelten Ansatz: „Das Recht auf ein Leben ohne Hunger ist in der kenianischen Verfassung verankert. Aber mit hungrigen Menschen kann man keine politische Arbeit machen.“

Ein medico-Partner ist auch der Dachverband der nepalesischen Jugendorganisationen AYON. Sofort nachdem ein heftiges Erdbeben im April 2015 Katmandu traf und umliegende Regionen verwüstete, organisierte AYON Nothilfe Maßnahmen in den betroffenen und oft nur schwer zugänglichen Bergdörfern. Für AYON ist der Zusammenhang zwischen den Auswirkungen des Erdbebens und tiefliegenden gesellschaftlichen Strukturen deutlich. Die Armut großer Teile der Bevölkerung, in vielen Fällen bestimmt durch Kastenzugehörigkeit, und das Fehlen von demokratischen Verfahren und Rechenschaftspflichten der lo-

kalen Behörden erhöhten die Anfälligkeit für eine solche Katastrophe. Hilfe muss hier über ein pragmatisches Zupacken hinausgehen, um glaubwürdig zu sein. Brabim Kumar K. C., der damalige AYON-Direktor, forderte: „Wiederaufbau ist mehr als der Aufbau von Häusern, es geht auch um den Aufbau gesellschaftlicher Gerechtigkeit.“ Aus diesem Grund unterstützt medico AYON in der Ausbildung von Jugendlichen in der Katastrophenvorsorge, aber auch im Kampf gegen Diskriminierung und Ausschluss in der nepalesischen Gesellschaft. Der beste Schutz vor der nächsten Naturkatastrophe ist eine gerechtere Gesellschaft. (hs)

Unterstützung auf lokaler Ebene

Immer wieder zeigen Menschen, dass sie auch über die Grenzen der eigenen Gemeinschaft hinweg zusammenarbeiten und einander unterstützen, um einer gemeinsamen Sache zu dienen. Dass sie sich im Katastrophenfall umeinander kümmern, ist die Erfahrung der Catholic Health Association of India (CHAI).

Von Pater Mathew Abraham und Ramu Karra

CHAI ist ein landesweites Netzwerk von etwa 3500 kirchlichen Krankenhäusern, Gesundheitszentren und Gemeindestationen (siehe Kasten). Viele tausend Menschen profitierten von unserer Nothilfe. Wir sehen Menschen vor Ort nicht bloß als Opfer, sondern als Akteure, die etwas verändern können. Ihr Einsatz zählt, ihre Gemeinschaften sind unverzichtbar.

Während der Flut in Tamil Nadu 2015 öffneten Nachbarn – Individuen, Familien, Firmen oder Institutionen – ihre Türen für Hilfesuchende. Derlei sollte bei Einsätzen in Katastrophengebieten unterstützt und keinesfalls übergangen werden. Oft sind die Einwohner bereit, mit Behörden oder regierungsunabhängigen Initiativen zusammenzuarbeiten.

Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen oder Erdbeben verursachen viel Leid und setzen Menschen unter enormen Stress. Viele Überlebende haben Angehörige verloren oder bangen um sie. Das menschengemachte Unheil bewaffneter Konflikte traumatisiert noch mehr. Oft wird unterschätzt, wie wichtig Mitgefühl und psychologische Betreuung sind – besonders dann, wenn Hilfe zur Routine wird. Jeder Mensch kann Resilienz entwickeln und sollte dabei unterstützt werden.

CHAI's ganzheitlicher Ansatz berücksichtigt diese Dinge. Wir bilden Freiwillige in psychologischer Erster Hilfe aus. Es ist wichtig, traumatisierte Opfer kompetent zu unterstützen. Ebenso wichtig ist, Akteure vor Ort und traditionelles Wissen einzubeziehen. Im ländlichen Indien gibt es kaum moderne medizinische Versorgung, also sind Schwangere dort auf traditionelle Geburtshelferinnen angewiesen (siehe hierzu Ipsita Sapra in E+Z/D+C e-Paper 2017/08, S.21). Im Katastrophenfall sind diese Hebammen noch wichtiger. Nach Überschwemmungen und Erdbeben 2013 in Uttarakhand kooperierten wir im Auftrag der Regierung des Bundes-

staates mit solchen Frauen und bildeten sie in Katastrophenvorsorge fort.

CHAI ist eine lernende Organisation. Wir ziehen Lehren aus Erfahrungen, passen uns spezifischen Situationen an und machen uns Neuentwicklungen zunutze. Derzeit wächst die Bedeutung elektronischer Medien und sozialer Netzwerke. Sie helfen, Opfer zu erreichen. Selbst wenn die übrige Infrastruktur zusammengebrochen ist, kann Mobilfunk noch funktionieren – und wenn dem so ist, können selbst Menschen in abgelegenen Gebieten über ihre Lage berichten. Über soziale Netzwerke lassen sich auch lokale Ressourcen und finanzielle Unterstützung mobilisieren oder spontane Freiwilligeneinsätze organisieren, die sich dann um sauberes Trinkwasser, Nahrung oder Unterkünfte kümmern.

Uns freut, dass junge, digital versierte Freiwillige gut informiert sind und oft ein hohes Umwelt- und Sozialbewusstsein mitbringen. Oft achten sie selbst bei Nothilfeinsätzen darauf, Abwasserkanäle nicht mit Plastikmüll zu verstopfen und verwenden Papier oder Blätter, um Essen oder andere lebensnotwendige Dinge einzuwickeln.

Der glaubensbasierte Charakter von CHAI erweist sich oft als Vorteil. Unser Personal und unsere Ehrenamtlichen sind der Sache verpflichtet, und ihr Glaube bestärkt das. Menschen kontaktieren CHAI ohne Angst vor Stigmatisierung oder Diskriminierung. Deshalb können wir gute

Glaubensbasiertes Netzwerk

CHAI – die Catholic Health Association of India – ist ein gemeinnütziges Netzwerk, das Krankenhäuser, Gesundheitszentren und regionale Gemeindestationen in ganz Indien unterhält. Seit dem großen Latur-Erdbeben 1993 im Bundesstaat Maharashtra betreibt es auch Nothilfe.

Dieses Jahr feiert CHAI seinen 75. Jahrestag. Gegründet wurde es 1943 von der australischen Nonne und Ärztin Mary Glowrey. Heute ist CHAI Indi-

ens zweitgrößter gemeinnütziger Gesundheitsdienstleister nach dem Staat. Das Netzwerk hat zurzeit 3534 Mitgliedsinstitutionen. 90 Prozent werden von Frauen geleitet, 80 Prozent arbeiten in medizinisch unterversorgten Gebieten.

CHAI hat in vielen unterschiedlichen Krisengebieten gearbeitet: zum Beispiel 1999 nach dem Zyklon in Orissa, 2002 nach den antimuslimischen Pogromen in Gujarat oder 2017 nach Überschwem-

mungen in Bihar und Uttar Pradesh. Als das verheerende Beben 2015 Nepal erschütterte, reisten CHAI-Teams auch ins Nachbarland. CHAI verbindet medizinische Hilfe mit psychologischer Unterstützung. Das Netzwerk kooperiert mit anderen regierungsunabhängigen Organisationen sowie staatlichen Stellen. Dank seiner vielen Mitgliedsinstitutionen kann CHAI schnell auf Katastrophen reagieren.

CHAI wird von verschiedenen internationalen, christlichen Wohltätigkeitsorganisationen unterstützt – zum Beispiel von Misereor,

Missio Aachen, dem Kindermissionswerk und Malteser International in Deutschland. Mit Förderung der niederländischen Stiftung Liliane Fonds entwickelte CHAI in der Nothilfe eine besondere Aufmerksamkeit für Menschen mit Behinderung. Seit 1. August 2013 hat CHAI Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC). CHAI setzt sich dafür ein, dass Indien das dritte UN-Ziel für Nachhaltigkeit erreicht: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und deren Wohlergehen fördern“. (ma/rk)



Medizinische Untersuchung während der Uttarakhand-Flut 2013.

und erschwingliche Gesundheitsfürsorge für benachteiligte Gemeinschaften leisten.

Der Glaube hilft CHAI, Menschen zu motivieren – und zwar auch Angehörige anderer Religionsgemeinschaften. Wir dienen

allen, die Hilfe brauchen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) benennt aus gutem Grund als Hauptprinzipien humanitärer Hilfe Unparteilichkeit, Verzicht auf Diskriminierung, Respekt vor dem Glauben anderer, Diversität, Empowerment, Gleichheit, Menschlichkeit und Bedingungslosigkeit (UNHCR 2014). Auch interreligiöser Dialog ist wichtig. Als glaubensbasiertes Netzwerk stützt, fördert und praktiziert CHAI diese Werte – im Auftrag unseres Herrn, Jesus Christus.

LINK

UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), 2014:
On faith-based organisations, local faith communities and faith leaders.
<http://www.unhcr.org/539ef28b9.pdf>



PATER MATHEW ABRAHAM
 ist Arzt und Generaldirektor
 der Catholic Health
 Association of India (CHAI).
projects@chai-india.org

www.chai-india.org



RAMU KARRA
 koordiniert als
 Programmmanager die
 Nothilfe von CHAI.

Ein Lichtblick

Ich war stolz, zu der CHAI-Nothilfe nach dem Erdbeben im April 2015 in Nepal beizutragen. Was unser Team dort erlebte, war hart: kollabierte Häuser, viele Tote und Geschichten von Verlust und Überleben. CHAI bedeutet Catholic Health Association of India.

Unser Projekt nannte sich Asha Kiran (Lichtblick) und wurde von internationalen Wohltätigkeitsorganisationen unterstützt. Das erste Camp errichteten wir in Lisanku, einer besonders schwer betroffenen Region. Unser Team

bestand aus zwei Ärzten, zwei Krankenschwestern und nepalesischen Freiwilligen. Wir brachten genügend Medikamente, Verbandsmittel und Spritzen mit.

Als wir das Camp gegen 8.30 Uhr aufbauten, humpelte ein Mädchen herbei. Ihre Beine zitterten und sie schluchzte ununterbrochen. Umgehend nahm sich ein Arzt ihrer an, bis sie sich besser fühlte. Dann strömten Menschen jeden Alters ins Camp. Sie brauchten medizinische Versorgung, hatten Wunden, Knochenbrüche und andere Verletzungen.

Auch Fieber, Infektionen und Durchfall grassierten.

Doch wir wurden auch Zeuge von Selbstlosigkeit. Ein junger Mann trug seinen alten Vater auf dem Rücken. Er lief mindestens zwei Kilometer. Obwohl er selbst verletzt war und sein Fuß blutete, bestand er darauf, dass sein Vater zuerst versorgt wurde. Auch unsere freiwilligen Helfer zeigten Altruismus. Ihre Häuser waren zerstört, ihre Familien waren betroffen – und dennoch unterstützten sie unsere Arbeit im Camp.

CHAI-Teams gingen auch in die Dörfer. Oft mussten sie steile Berghänge hinaufsteigen, weil es keine richtigen Straßen gab. Dorfbewohner hatten we-

der Wasser noch Elektrizität. Unsere Teams erlebten dort enorme Entbehrungen: bittere Kälte, Nahrungsmangel und Obdachlosigkeit. Die nepalesische Regierung erkannte die Wirksamkeit des Ansatzes von CHAI, medizinische Versorgung mit soziopsychologischer Unterstützung zu verbinden, und bat CHAI darum, die Basis-Gesundheitszentren in der Erdbebenregion zu unterstützen. (md)



MANISH DASHOTTAR
 ist Projektleiter
 bei CHAI
 (Catholic Health

Association of India).

<http://www.chai-india.org>

Beschränkter Zugang

Rund 13 Millionen Menschen in Syrien oder 70 Prozent der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Doch der Zugang zu ihnen ist zum Teil stark eingeschränkt – im Durchschnitt wird nur etwa die Hälfte von ihnen erreicht. Hilfsorganisationen kommen zudem selbst unter Beschuss, oder ihre Einrichtungen werden angegriffen. Manche stellen deshalb ihre Arbeit ein.

Von Mona Naggar

Der Konflikt in Syrien, der im Frühjahr 2011 begann, hat sich zu einem der brutalsten Kriege der letzten Jahrzehnte entwickelt. Lokale, regionale und internationale Kräfte sind daran beteiligt. Die UN haben 2014 aufgehört, die Toten zu zählen, weil sie keinen Zugang zu den umkämpften Gebieten erhalten und nicht mehr in der Lage sind, Quellen zu überprüfen. Schätzungen gehen von 400 000 bis 500 000 Todesopfern aus. Das Syrian Network for Human Rights, das penibel über Angriffe mit zivilen Opfern Buch führt, spricht von 217 764 zivilen Opfern bis Ende April 2018. Ungefähr eine Million Menschen wurden verwundet.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind mehr als 5 Millionen Syrer als Flüchtlinge in den Nachbarländern registriert. Etwa 1 Million Syrer haben sich in Europa in Sicherheit gebracht, und ungefähr 6 Millionen sind Flüchtlinge im eigenen Land, davon mehr als die Hälfte Kinder und Jugendliche. Viele von ihnen leben in einer humanitären Notlage (siehe auch Beitrag, S. 6).

In vielen der zahlreichen Resolutionen, die der UN-Sicherheitsrat zu Syrien verfasst hat, geht es um den Schutz der Zivilbevölkerung und die Sicherung humanitärer Hilfe. Angeprangert wird der Bruch des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechte. Zivilisten werden gezielt angegriffen – mit konventionellen Waffen und mit Giftgas. Sie werden belagert und ausgehungert. Zivile Strukturen wie Schulen, Krankenhäuser, Märkte, Flüchtlingslager, Gebetshäuser oder Lagerhäuser für Hilfsgüter sind ebenfalls Zielscheibe für Angriffe.

Auch lokale und internationale humanitäre Helfer kommen gezielt unter Be-

schuss. Seit Beginn des Konflikts bis Juni 2017 sind nach den Recherchen von Syria Deebly, einer Website über den Syrienkrieg, 320 Gesundheitseinrichtungen getroffen worden, vor allem in den Provinzen Aleppo, Hama und Idlib. Davon betroffen sind auch Fachkliniken wie Entbindungs- und Kinderstationen. Einige Hilfsorganisationen sehen sich gezwungen, ihre Arbeit einzustellen, weil sie die Sicherheit der Patienten und ihres Personals nicht garantieren können. Geahndet wurden diese Angriffe bisher nicht.

Krieg in Syrien heißt auch, dass ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung keine funktionierende Strom- und Wasserversorgung haben. In manchen Gebieten fürchten die Menschen täglich um ihr Leben. Sie müssen ihre Häuser verlassen oder haben sie bereits verloren. In einigen Regionen gibt es nur eine rudimentäre oder gar keine Gesundheitsversorgung mehr. Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren und leben in extremer Armut. Die Preise für die Dinge des täglichen Lebens – wie Grundnahrungsmittel, Hygieneartikel oder Gasflaschen – haben sich vervielfacht. Das Syrische Pfund hat stark an Wert verloren. Menschen haben nicht genug Essen und Trinkwasser. Eine normale Schulbildung ist für viele Kinder und Jugendliche nicht möglich. Ein Drittel der Schulen ist zerstört; in vielen anderen leben Flüchtlinge.

UN OCHA, das UN-Koordinierungsbüro für humanitäre Hilfe, gibt an, dass 60–70 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Das sind etwa 13 Millionen Menschen, die eine Unterkunft, Lebensmittel, Trinkwasser und Gesundheitsversorgung benötigen. Sie können jedoch bei weitem nicht alle erreicht werden. Hilfskonvois und humanitäre Helfer haben keinen freien Zugang. Sie müssen mit der syrischen Regierung und mit den verschiedenen Milizen Genehmigungen aushandeln, die verweigert werden können.

Nur ein Bruchteil der beantragten UN-Hilfskonvois zu den belagerten und schwer erreichbaren Regionen werden genehmigt. Hinzu kommt, dass die syrischen Behörden genehmigte Hilfskonvois routinemäßig

kontrollieren und nachträglich dringend benötigte Medikamente entfernen, wie im März dieses Jahres in Duma geschehen. Ein Sprecher der Weltgesundheitsorganisation WHO meldete, dass syrische Sicherheitskräfte lebenswichtige Medikamente entwendet hätten.

Ein Beispiel für die Ohnmacht der Hilfsorganisationen ist die Belagerung von Ost-Ghuta nordöstlich von Damaskus. Fünf Jahre lang wurden rund 400 000 Menschen von Truppen der syrischen Regierung und ihren Verbündeten umzingelt. Islamistische Milizen, die sich in der Region festgesetzt hatten, sollten zur Aufgabe gezwungen werden. Die Belagerer verhinderten den freien Zugang von Waren des täglichen Bedarfs ebenso wie von lebenserhaltenden medizinischen Gütern.

Die Bewohner von Ost-Ghuta litten Hunger. Kranken und Verwundeten wurde nur selten erlaubt, das Gebiet zu verlassen. Der Vorsitzende der Hilfsorganisation SAMS (Syrian American Medical Society), Ahmad Tarakji, beschrieb Anfang dieses Jahres die Schwierigkeiten, mit denen seine medizinischen Mitarbeiter zu kämpfen hatten. Die Einrichtungen, die sie betrieben, wurden angegriffen. Es gab kein ausreichendes medizinisches Material. Die Erlaubnis, Notfälle zu evakuieren, wurde nur sporadisch erteilt. SAMS beantragte 2017 über UN-Organisationen die Evakuierung von mehr als 600 Notfällen, die in Ost-Ghuta nicht behandelt werden konnten. Nach sechsmonatiger Bearbeitung dieser Anträge erlaubten die syrischen Behörden 29 Kranken, Ost-Ghuta zu verlassen, um in Krankenhäusern der Hauptstadt behandelt zu werden. In der Zwischenzeit waren 19 Patienten, die auf der Liste standen, gestorben.

Auch die Organisation Ärzte ohne Grenzen, die bis März 2018 in Ost-Ghuta gearbeitet hat, berichtet von unüberwindbaren Schwierigkeiten. Lorena Bilbao, Programmkoordinatorin von Ärzten ohne Grenzen für Syrien, bemerkte nach Beginn der militärischen Offensive der syrischen Armee im Februar, dass Kliniken und Gesundheitszentren, die sie unterstützten, angegriffen wurden und keinen Zugang zu notwendigen medizinischen Geräten und anderen Gütern hatten. Nach und nach mussten diese Zentren ihren Dienst einstellen.

Sehr kritisch ist die Situation der Binnenflüchtlinge, die von internationalen Organisationen ebenfalls schwer zu erreichen



Syrerinnen mit Nothilfe-Rationen in Humaymah al-Kabira in der Provinz Aleppo.

sind und sich in akuter Not befinden. Ihnen fehlen Lebensmittel und Trinkwasser. Sie leben in Lagern, Übergangszentren, informellen Siedlungen oder öffentlichen Gebäuden in verschiedenen Gebieten in Syrien. In Teilen Ostsyriens wie etwa Rakka und Umgebung, die nicht mehr unter Kontrolle der Terrororganisation ISIS sind, behindern Minen und Sprengfallen den Zugang.

Anhaltende Kampfhandlungen, fehlender Zugang zu Menschen in Not und bürokratische Hürden gehören zu den größten Schwierigkeiten, mit denen lokale und internationale Hilfsorganisationen in Syrien zu kämpfen haben. Im Monatsdurchschnitt werden nur ungefähr die Hälfte der Menschen erreicht, die Nothilfe benötigen. Immer wieder formulieren Hilfsorganisationen Appelle und verabschiedet der UN-Sicherheitsrat Resolutionen, die alle Kriegsparteien, allen voran die syrische Regierung, auffordern, freien Zugang zu gewährleisten. Dazu gehört auch Zugang über die Nachbarländer Irak, Türkei und Jordanien.

Der Krieg in Syrien geht ins achte Jahr. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Die große Sorge aller Akteure in der humanitären Hilfe ist die weitere ausreichende Finanzierung der Hilfsprogramme. Auf der Syrien-Geberkonferenz in Brüssel Ende April 2018 haben die teilnehmenden Länder ungefähr die Hälfte der von den UN geforderten Gelder für humanitäre Hilfe zugesagt: 3,7 Milliarden von 6,5 Milliarden Euro. Wie viel Geld tatsächlich eintreffen wird, ist unbekannt. 2017 ist von der zugesagten Hilfe nur ungefähr die Hälfte angekommen. Für die Menschen in Syrien und für die syrischen Flüchtlinge in den Nachbarländern bedeutet das, dass sie weniger Essensrationen bekommen und weniger Kinder in die Schule gehen können.

LINKS

UN OCHA: Syrian Humanitarian Response Plan. <https://fts.unocha.org/appeals/629/summary>

Syrian American Medical Society (SAMS): <https://www.sams-usa.net/>

Syrian Network for Human Rights: <http://sn4hr.org/blog/2018/05/01/52129/>



MONA NAGGAR
ist Journalistin und Medien-trainerin. Sie lebt in Beirut, Libanon.

mona.naggar@googlemail.com

Hilfe mit Schattenseiten

Haiti ist in hohem Maße auf internationale Hilfe angewiesen. Doch die ausländischen Experten haben ein schlechtes Image. Eine Reform der Zusammenarbeit, die zur Selbstbestimmung der Haitianer führt, ist dringend geboten.

Von Leon Valentin Schettler

Am 12. Januar 2010 wurde Haiti von einem verheerenden Erdbeben erschüttert. Schätzungen zufolge kamen dabei 222 750 Menschen ums Leben, 313 000 Häuser wurden stark beschädigt oder zerstört. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und internationale Organisationen (IOs) kamen nach Haiti, um Hilfe zu leisten und Wohnungen, Schulen, Regierungsgebäude und

Der Wiederaufbau war noch längst nicht abgeschlossen, als Hurrikan Matthew im Oktober 2016 auf Haiti traf und weitere Infrastruktur zerstörte. 546 Menschen verloren ihr Leben. Rund 4,4 Millionen Menschen – knapp die Hälfte der Bevölkerung – leiden aktuell unter Ernährungsunsicherheit, 1,3 Millionen von ihnen akut. Neben diesen gewaltigen humanitären Herausforderungen sieht sich Haiti mit großen Entwicklungsaufgaben konfrontiert. Auf dem Human Development Index (HDI) nimmt es Platz 163 von 187 gelisteten Ländern ein.

Haiti ist fortwährend in außergewöhnlich hohem Maße auf externe Hilfe angewiesen – und die internationale Gemeinschaft will auch helfen. Doch das Verhältnis zwischen deren Mitarbeitern und der loka-

Universität Potsdam haben Mitarbeiter von IOs in Haiti befragt, die sich um Ernährungssicherheit bemühen. Darunter waren das Welternährungsprogramm (WFP), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Weltbank sowie die Europäische Union. Die Mitarbeiter dieser IOs übten in den Gesprächen harsche Kritik an den Adressaten ihrer Hilfe. Sie kritisieren nicht nur die Defizite der haitianischen Verwaltung, sondern auch die Erwartungshaltung der Bevölkerung.

Den Wissenschaftlern fiel auf, dass viele Mitarbeiter erregt, wütend, frustriert und bisweilen resigniert wirkten. Sie sind gekommen, um zu helfen. Doch die Hilfsprojekte kommen in ihren Augen nur sehr schleppend oder gar nicht voran. Die Projektpartner scheinen häufig nicht recht kooperieren zu wollen. Zahlreiche Initiativen versickern im Nirgendwo. Und die Mitarbeiter der IOs haben den Eindruck, dass sie gar nicht als Helfer wahrgenommen werden, denen man für ihren Einsatz dankbar ist. Im Gegenteil.

Offenbar bestehen in der haitianischen Bevölkerung erhebliche Ressentiments im Hinblick auf die Arbeit der IOs. Die Gründe dafür liegen in der Kolonialgeschichte, der extremen Ungleichheit zwischen IO-Mitarbeitern und Haitianern sowie dem notorisch schlechten Image der UN-Friedensmission im Land.

Zwar war Saint-Domingue, wie Haiti damals hieß, im 18. Jahrhundert die reichste Kolonie Frankreichs. Doch der einzige erfolgreiche Sklavenaufstand der Geschichte im Jahr 1804 führte keineswegs in die politische geschweige denn in die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Noch heute leben zwei Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft, insbesondere vom Kaffee-Export, die Mehrheit von ihnen unter der Armutsgrenze. Das koloniale Erbe wirkt nach.

Gemeinsam mit Namibia und Südafrika gehört Haiti laut Gini-Koeffizient zu den drei Ländern mit der größten Einkommensungleichheit weltweit. IO-Mitarbeiter aus dem Ausland sind besonders wohlhabend. Die meisten leben in Petionville, dem reichsten Viertel von Port-au-Prince, wo eine Parallelwelt aus bewachten Wohnkomplexen, Chauffeuren, Clubs und teuren Supermärkten entstanden ist.

Zu dem schlechten Image von Ausländern beigetragen hat auch die UN-Mission, die kurz nach dem Erdbeben 2010 nach-



Haiti ist in hohem Maße auf Hilfe angewiesen. Hier verteilen Mitarbeiter des Kinderhilfswerks NPH Deutschland Nahrungsmittel an Bedürftige.

Krankenhäuser wieder aufzubauen. Sie trafen auf eine große Zahl von Helfern, die bereits vor Ort waren. In Haiti übersteigt die internationale Hilfe regelmäßig das Volumen des Staatshaushalts – nach dem Erdbeben war die Summe an Hilfsgeldern rund viermal so groß.

len Bevölkerung ist angespannt. Dies hat Konsequenzen für die Arbeit von IOs, welche den Löwenanteil internationaler Hilfe verwalten.

Wissenschaftler des „Sonderforschungsbereichs (SFB) 700 – Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ der

weislich die Cholera nach Haiti brachte. Mehr als 9000 Menschen starben im Zuge der Epidemie, fast 800 000 infizierten sich. Trotz erdrückender Beweise entschuldigte sich der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki Moon erst Ende 2016 vage für „die Rolle der UN“ und stellte Reparationen in Aussicht. Schwer wiegen zudem die Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs durch UN-Blauhelme. Die vor kurzem ans Licht gekommenen Sexpartys von Oxfam-Mitarbeitern in Haiti gießen hier zusätzlich Öl ins Feuer (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/03, S. 12).

Klar ist aber auch, dass so manche Kritik überzogen ist. Unter Experten herrscht Konsens, dass Haiti ohne die – insbesondere humanitäre – Hilfe der internationalen Gemeinschaft heute schlechter dastünde.

Gleichzeitig müssen die IOs sich selbstkritisch fragen, wie es kommt, dass sie gegenwärtig eher als Bevormunder denn als Wegbereiter zur Selbsthilfe wahrgenommen werden. Zahlreiche IO-Mitarbeiter vor Ort sind inzwischen zu einer solchen Reflexion bereit. Ihre Ausführungen legen nahe, dass beide Seiten, IOs und Haitianer, sich aus der bestehenden Beziehungsdynamik emanzipieren müssen.

Dazu muss die Selbstbestimmung der Haitianer konsequent ins Zentrum der Zusammenarbeit gestellt werden. Ein vielversprechender Ansatz zur praktischen Umsetzung dieser Maxime bietet das „Community Organising“ (s. Kasten unten). Wenn mehr Entwicklungsprojekte in Haiti auf den Säulen dieses Ansatzes stünden, wäre der Grundstein zur Selbstermächtigung der

Menschen gelegt und einer nachhaltigen Entwicklungskooperation zwischen IOs und Haitianern stünde nichts im Wege. Die Zeit für eine solche Reform ist reif.



LEON VALENTIN SCHETTLER
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter des DFG-
geförderten

„Sonderforschungsbereichs (SFB) 700 – Regieren in Räumen begrenzter Staatlichkeit“. Das von Andrea Liese geleitete Projekt zu internationalen Organisationen im Bereich Ernährungssicherheit führte unter anderem Feldforschung in Haiti, Niger, Kolumbien, Sierra Leone und der Côte d'Ivoire durch.

leon.schetter@uni-potsdam.de

Vertrauen bilden

„Community Organising“ ist eine Methode aus den USA zur Stärkung von lokalen Gemeinschaften durch die Ausbildung von Vertrauen sowie die Identifikation lokaler Schlüsselpersonen und gemeinsamer Ziele.

Eine zentrale Idee dabei ist, dass Netzwerke dann stabil sind, wenn Schlüsselpersonen in ihnen wirken, an denen sich andere orientieren und von denen sie sich mitreißen lassen. Die Schlüsselpersonen sollten das Vertrauen ihrer Gruppe genießen und in ihrem Namen sprechen dürfen. Ein gutes Netzwerk formt sich aus Schlüsselpersonen, die sehr verschiedene Gruppen repräsentieren, die vorher keinen Kontakt zueinander hatten.

Drei konkrete Veränderungen in der Zusammenarbeit internationaler Organisationen (IOs) mit Haiti wären für einen solchen Ansatz notwendig:

- Lokale Gemeinschaften als Schlüssel zur Selbstermächtigung: IOs haben traditionell einen starken Fokus auf den Staat.

Doch der haitianische Staat verfügt nach wie vor über sehr geringe Kapazitäten, um Projekte erfolgreich umzusetzen. Solch extrem begrenzte Staatlichkeit kann jedoch durch die Förderung und Koordination lokaler Schlüsselpersonen sowie durch ein hohes Maß an Vertrauen kompensiert werden.

- Vorrang für „Bottom-up“-Projekte vor Großprojekten: IOs und insbesondere Entwicklungsbanken geben gerne viel Geld auf einmal aus und ziehen dementsprechend Großprojekte kleineren vor. Bei „Community Organising“ inspirierten Projekten steht hingegen die Beziehung und die Etablierung von Vertrauen im Vordergrund. Allein die Identifikation von Schlüsselpersonen ist ohne detaillierte Kenntnis lokaler Strukturen nicht möglich. Solche Projekte kosten daher viel Zeit, aber nicht viel Geld.

- Nachhaltige Projekte brauchen langfristige Finanzierung: Etwa 90 Prozent der Hilfs-

gelder fließen in humanitäre Projekte, die typischerweise auf einige Monate angelegt sind. So müssen die IO-Mitarbeiter derzeit immer wieder aufs Neue kreative Lösungen finden, um ein Projekt in das nächste zu „weben“. „Community Organising“ braucht Durchhaltevermögen, auch wenn vorzeigbare Resultate am Anfang rar sind.

Ein gelungenes Beispiel für ein Projekt, welches trotz dieser Widrigkeiten – und mit Hilfe des „Project Weaving“ –



Wenn Bauern sich zusammentun, etwa um ihre Produkte zum Markt zu bringen, können alle profitieren. Händler auf dem Weg zum Markt von Jérémie in Haiti.

auf Prinzipien des „Community Organising“ aufbaut, ist das Vorhaben „Stärkung des Milchsektors“ der FAO in Haiti. Es besteht im Wesentlichen darin, Milchbauern zusammenzubringen. Die Treffen über einen längeren Zeitraum schaffen Vertrauen und helfen den Bauern, gemeinsame Interessen zu identifizieren sowie Kooperativen zu gründen. Die sozialen Beziehungen stehen dabei an erster Stelle, denn der Verbund muss auch über partikuläre Anliegen hinaus zusammenstehen.

Während zum Beispiel vorher jeder Milchbauer seine Milch individuell auf dem Markt verkaufte, übernehmen dies nun Gesandte der Kooperative. Die FAO begleitet einen regelmäßigen Austausch über die Gesundheitsversorgung sowie das Melken der Kühe und identifiziert Schlüsselpersonen, welche sich in besonderem Maße für die gemeinsamen Anliegen einsetzen. Zudem stellt die FAO Experten, technisches Equipment und Räume zur Verfügung und organisiert Vernetzungstreffen für Schlüsselpersonen unterschiedlicher Gemeinschaften. (1s)

Sinnvolle Resilienz

Die Auswirkungen von Naturkatastrophen und menschengemachten Desastern sind weltweit heftig. Trotz teils jahrzehntelanger Notfallvorsorge, Präventionsstrategien und -maßnahmen werden Schäden nur selten abgewendet oder signifikant gemildert.

Von Glenn Brigaldino

Die Hurrikane die 2017 über die USA hinwegzogen, betrafen Millionen von Menschen und zerstörten Erwerbsgrundlagen. Allein die Schäden von Harvey, dessen Fluten Houston überschwemmten, werden auf 180 Milliarden Dollar geschätzt. Zum Vergleich: Die Mittel, die etablierte Geber 2017 weltweit für Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) bereitstellten, betragen nur 143 Milliarden Dollar. Diese Zahl stammt von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development – OECD), in der sich 35 Geberländer zusammengeschlossen haben.

Die OECD verfolgt auch, wohin die ODA-Mittel fließen. Die aktuellsten Daten zeigen, dass 2015 für Katastrophenprävention und Wiederaufbau nicht einmal 3 Milliarden Dollar bereitstanden.

Die Bedrohung durch Katastrophen hat viele Facetten und besteht weltweit. Der Klimawandel macht Fluten, Dürren, Lawinen und andere Naturereignisse wahrscheinlicher und heftiger. Zwar wurden Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe vielfach aufgestockt, aber die Bemühungen, Leben zu schützen und zu retten, halten mit den wachsenden Risiken kaum mit. Es ist im Gegenteil zu beobachten, dass traditionelle Bewältigungssysteme nicht mehr funktionieren. Das gilt besonders, wo anhaltende Gewaltkonflikte und politische Instabilität Länder oder ganze Regionen erschüttern.

Schocks durch soziales, politisches und ökonomisches Versagen multiplizierten sich in den vergangenen Jahren. Besonders schlimm ist es, wo bewaffnete Konflikte toben. Diese kosten unzähligen Menschen das Leben und lassen staatliche

Institutionen zerfallen. Beispiele sind der Südsudan, der Jemen und Syrien.

Wenn staatliches Krisenmanagement und öffentliche Dienstleistungen ausfallen, ist das für die betroffenen Menschen meist verheerend. Am verletzlichsten sind benachteiligte Gemeinschaften, die bereits mit Armut und Marginalisierung kämpfen, wenn eine Katastrophe eintritt. Angesichts von Konflikten und Krisen ist es sehr schwer, Bewältigungsmechanismen aufrechtzuerhalten – ob auf individueller oder institutioneller Ebene. Die Chancen, Katastrophen zu überstehen, sind besser, wenn der Staat noch funktioniert. Schlechte Servicequalität, unzuverlässige Versorgung und Leistungsausfälle kommen dennoch häufig vor. Zudem ist vielerorts die Kluft zwischen Stadt und Land riesig. Städte mit guter Infrastruktur brauchen andere Maßnahmen, um ihre Katastrophenresilienz zu verbessern, als isolierte Dorfgemeinschaften (Weltbank, 2013).

Der Begriff Resilienz stammt aus der Biologie und beschreibt die Fähigkeit von Organismen oder Ökosystemen, externe Störungen zu verkraften. Mittlerweile wird er auch in den Sozialwissenschaften und der Politik verwendet. Resilienz aufzubauen bedeutet in diesem Kontext, Risiken zu beobachten und abzuschätzen, um kom-



Die Lagerung der Ernte ist wichtig: Maisspeicher in Nigerias Bundesstaat Kano.

petent mit ihnen umzugehen. Demokratische Entscheidungsfindung sollte das für langfristigen Wandel beherzigen. Die praktische Implementierung ist weltweit relevant.

Für politische Zwecke ist der Begriff Resilienz allerdings nicht eindeutig definiert. Wesentlich ist wohl, Weitblick zu entwickeln. Medico international warnt, das Schlagwort könne dazu dienen, Konzepte für nachhaltige Entwicklung zu verdrängen (siehe Beitrag auf S. 29), und mache Katastrophenopfer selbst für ihr Leid verantwortlich. Geberinstitutionen haben dagegen bereits detaillierte Aktionspläne formuliert und Finanzierungsmodelle geschaffen (EU Kommission, 2013).

Es wäre falsch, mit praktischem Handeln zu warten, bis diese politische Debatte abgeschlossen ist. Vieles, was Resilienz vor Ort stärkt, ist leicht und ohne großangelegte Förderung umsetzbar. Oft ist das mehr eine Frage des gesunden Menschenverstandes als der Weltanschauung.

LOKALES HANDELN

Resilienz beginnt mit der Fähigkeit, sich zu organisieren. Je besser eine Gemeinschaft organisiert ist, umso besser kann sie die Auswirkungen von Schäden, Störfällen, Stressfaktoren und Gefahren abfedern. Katastrophenpläne sind sinnvoll, und auf lokaler Ebene sind dafür folgende Interventionen hilfreich:

- **Notfallpläne im lokalen Gesundheitswesen:** Sie dienen dazu, medizinische Versorgung sicherzustellen und dauerhaft schnelle Hilfe zu gewährleisten. Checklisten können helfen, institutionelle Defizite, Personalengpässe und logistische Probleme vorab zu erkennen. Die Weltgesundheitsorganisation bietet dafür sinnvolle Richtlinien an (WHO, 2015).
- **Notfallpläne für Schulgebäude:** Sie können im Katastrophenfall als Unterkünfte dienen und sollten deshalb in baulicher und architektonischer Hinsicht solide genug sein, um beispielsweise Erdbeben standzuhalten. Gemeinsame Leitlinien für Schulen und Krankenhäuser haben UN-Habitat und das UN-Sekretariat der Vereinten Nationen für Risikominderung (UNISDR) 2012 veröffentlicht.
- **Wasser- und Sanitärversorgung:** Katastrophenfälle können die Wasserversorgung unterbrechen, wenn sie Reservoirs, Aufbe-

reitungsanlagen oder das Abwassersystem beschädigen. Örtliche Gemeinschaften können aber darauf achten, solche elementare Infrastruktur so robust wie möglich an sicheren Orten zu schaffen.

- **Nahrungsmittel:** Armut und unzureichende Lebensmittelversorgung verstärken Verwundbarkeit im Katastrophenfall. Untersuchungen zeigen, dass das subjektive Wohlergehen von Menschen, die von Kleinland- oder Naturweidewirtschaft leben und nur eingeschränkten Zugang zu Ressourcen haben, von der Versorgung mit Nahrung und der Befriedigung recht einfacher materieller Bedürfnisse abhängt. Entsprechende Vorbeugung stärkt ihre Resilienz (Thiede, 2016).
- **Erwerbschancen außerhalb der Landwirtschaft:** Einkommensmöglichkeiten verbessern in Krisensituationen die Lebensbedingungen. Auch der Zugang zu Krediten und kritischen Dienstleistungen ist wichtig.
- **Schädlingsbekämpfung:** Dieses Thema wird unterschätzt, obwohl es für das Risikomanagement sehr wichtig ist. Herbizide, Insektizide und die Bekämpfung von Schadnagern sind teuer. Schädlingsbekämpfung richtet sich meist gegen Insekten wie Heuschrecken und Bohrkäfer oder auch Würmer. Wirbeltiere, wie Vögel oder Nager, finden kaum Beachtung. Doch gerade Nagetiere können aufgrund ihres Fressverhaltens, ihrer schnellen Vermehrung und der Vielfältigkeit und Häufigkeit ihres Vorkommens Kleinbauern erheblich schädigen. Diese verlieren häufig komplette Ernten. Alternative Lagerung könnte die Verluste eindämmen. Sofern möglich, ist auch die Kultivierung mehrerer, unterschiedlicher Nutzpflanzen sinnvoll (Swanepoel und Belmain, 2015).

STRUKTUREN VERBESSERN

Ohne Zweifel ist der Aufbau von Resilienz eine politische Aufgabe, die über individuelles und gemeinschaftliches Engagement auf der lokalen Ebene hinausgehen muss. Politische Debatten und Strategien sind daher wichtig. Strukturen müssen verbessert werden. Resilienz sollte dabei eine Richtschnur sein, um die Situation von Menschen zu verbessern, die von Katastrophen besonders bedroht sind. Letztendlich dient Resilienz deshalb den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs).

Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und ihre Partnerorganisationen haben kürzlich eine Checkliste für ein Frühwarnsystem mit Blick auf multidimensionale Bedrohungen veröffentlicht. Es ist ein praktisches, für Laien verständliches Instrument, mit dem sichergestellt werden kann, dass die wichtigsten Aspekte berücksichtigt werden (WMO, 2018).

Der globale Diskurs wird irgendwann abschließend definieren, was Resilienz ist und wie das Konzept universale Anwendung finden kann. Bis dahin können aber schon vielfältige Maßnahmen auf lokaler Ebene kurzfristigen Fortschritt bringen. Es gibt keinen Grund, damit zu warten.

LINKS

EU-Kommission, 2013: Action plan for resilience in crisis prone countries 2013–2020.
https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/swd-2013-227_EN.pdf

Swanepoel, L. und Belmain, S., 2017: Rodent control on small-scale farms a key to food security.

<https://www.africanindy.com/business/rodent-control-on-small-scale-farms-a-key-to-food-security-11118166>

Thiede, B., 2016: Resilience and development among ultra-poor households in rural Ethiopia.
<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1693293.2015.1094166>

UN-Habitat und UNISDR, 2013: Tools for the assessment of school and hospital safety for multi-hazards in South Asia.
http://www.fukuoka.unhabitat.org/info/misc/pdf/02130216/school_safety_toolkit_book_1_new_design.pdf

WHO, 2015: Hospital safety index for evaluators, 2nd edition.
http://www.who.int/hac/techguidance/hospital_safety_index_evaluators.pdf

WMO, 2018: Multi-hazard early warning systems – a checklist.
<https://public.wmo.int/en/media/news/multi-hazard-early-warnings-save-lives>

World Bank, 2013: Building urban resilience principles, tools, and practice.
<http://documents.worldbank.org/curated/en/320741468036883799/Building-urban-resilience-principles-tools-and-practice>



GLENN BRIGALDINO arbeitet als entwicklungs- und handelspolitischer Berater in Kanada.
brigaldino.5542@rogers.com



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

D+C
D+C Development and Cooperation
@development.and.cooperation

Startseite
beiträge
Fotos
Info
Community
Eine Seite erstellen

EL PARAISO

Gefällt mir · Teilen · Änderungen vorschlagen · Mehr dazu · Nachricht

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
26. Mai um 01:06 · 6i

"I was proud to take part in CHAI's disaster response when the earthquake rocked Nepal in April 2015, but what our team witnessed there was tough." The Catholic Health Association of India

Medical Relief Camp for Earthquake Victims of Nepal

First hand humanitarian aid experience after Nepal's earthquake

I was proud to take part in CHAI's disaster response when the earthquake rocked Nepal in April 2015, but what our team witnessed there was tough...

DANOC.EU · Mehr dazu

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Suche nach Beiträgen auf dieser Seite

Zeitschrift in Frankfurt am Main

Community · Alle anzeigen

194.576 Personen gefällt das
194.508 Personen haben dies abonniert

Info · Alle anzeigen

Contact D+C Development and Cooperation on Messenger
www.danoc.eu
Zeitschrift

Personen · >

194.676 „Gefällt mir“-Angaben

Ahnliche Seiten

Sarkari Update Schulen





Foto: STCCI Ghana